



NASSAUER GESPRÄCHE

DER ZUSAMMENBRUCH DER ALTEN ORDNUNG?

DIE KRISE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT
UND DER NEUE KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND
UND EUROPA

Herausgegeben von Christoph Lorke und Rüdiger Schmidt

Franz Steiner Verlag



NASSAUER GESPRÄCHE DER FREIHERR-VOM-STEIN-GESELLSCHAFT
Band 11

Herausgegeben von der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e.V., Schloss Cappenberg
Geschäftsstelle: Karlstr. 33, 48147 Münster
www.freiherr-vom-stein-gesellschaft.de

STEIN

Freiherr vom
Stein-Gesellschaft e.V.
für mehr Eigenverantwortung

DER ZUSAMMENBRUCH DER ALTEN ORDNUNG?

DIE KRISE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT
UND DER NEUE KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND
UND EUROPA

Herausgegeben von Christoph Lorke und Rüdiger Schmidt

Franz Steiner Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2020

Layout und Herstellung durch den Verlag

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-12506-2 (Print)

ISBN 978-3-515-12511-6 (E-Book)

INHALT

Christoph Lorke / Rüdiger Schmidt Die Krise der Sozialen Marktwirtschaft und der neue Kapitalismus in Deutschland und Europa. Historische und konzeptionelle Annäherungen	9
ZUR TRANSFORMATION DES ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN ZEITBEWUSSTSEINS SEIT DEN 1970ER JAHREN	
Hans-Ulrich Thamer Ein neues Zeitalter der Extreme? Ordnungsvorstellungen und Krisennarrative in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts	33
Philipp Ther 1989 und die globale Hegemonie des Neoliberalismus	53
»WOHLSTAND FÜR ALLE«? SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND »WIRTSCHAFTSWUNDER« IN DER BUNDESREPUBLIK NACH 1949	
Friedrun Quaas Ideen- und Wirkungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft	87
Ursula Nothelle-Wildfeuer Die Katholische Soziallehre als Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Konvergenzen und Divergenzen zweier Konzepte	109

Benedikt Brunner Zwischen konstruktivem Beitrag und Fundamentalkritik. Kapitalismusdeutungen im westdeutschen Protestantismus in der frühen Bundesrepublik	127
Markus Goldbeck »Unregierbarkeit« im Wohlfahrtsstaat. Über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in den 1970er Jahren	151
SYSTEMKONKURRENZ ALS KATALYSATOR DES SOZIALSTAATS UND DIE TRANSFORMATION VON WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT NACH 1989/90	
Jörg Roesler Die Bundesrepublik und die DDR. Ungleiche Konkurrenten im Wettbewerb der Systeme	169
Ines Weber Kontinuitäten, Wandlungen und Widersprüche. Das politische Denken Robert Havemanns	191
Christopher Banditt Sozioökonomische Lagen ostdeutscher Arbeitnehmerhaushalte in der Systemtransformation	213
Marcus Böick Wie neoliberal war der Umbau Ostdeutschlands nach 1990? Über ideenpolitische Reorientierungen der politischen Linken nach dem »Utopieverlust«	235
LES »TRENTE GLORIEUSES«. EUROPÄISCHE WOHLFAHRTSREGIME IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS IM VERGLEICH	
Ilona Ostner Übersteigerte Wohlfahrtsstaatlichkeit? Schweden und die Niederlande zwischen Modell und Krise	263
Almuth Ebke Thatcher als Zäsur? Die IWF-Krise 1976, gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen und das Narrativ des »British Decline«	295

Massimiliano Livi Das italienische Welfare und die Krise eines regulativen und machtpolitischen Instruments	315
REPRÄSENTATIONEN, SUBJEKTIVE ANEIGNUNGEN UND SEMANTIKEN IM NEUEN KAPITALISMUS	
Cornelia Koppetsch Soziale Ungleichheiten. Die Mittelschicht und die Zukunft des demokratischen Kapitalismus	341
Lisa Suckert Die Wirtschaftskrise als Chance der Kapitalismuskritik? Von den Schwächen des ›neuen‹ Kapitalismus und der Schwierigkeit, diese zu benennen	361
Cora Rok Survival of the fittest. Akteure der neuen Arbeitswelt zwischen Konformismus und Widerstand in aktuellen literarischen und filmischen Inszenierungen	383
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	405

DIE KRISE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT UND DER NEUE KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Historische und konzeptionelle Annäherungen

Thomas Pikettys »Kapital im 21. Jahrhundert« hat nunmehr auch fünf Jahre nach seinem Erscheinen an Aktualität kaum eingebüßt. In seinem Buch hat der französische Wirtschaftswissenschaftler auf die Zusammenhänge zwischen einer steigenden Vermögenskonzentration und einem unregelmäßigen Kapitalismus hingewiesen; die Reaktionen, die nicht nur Zustimmung zum Ausdruck brachten, zeigten in aller Deutlichkeit, dass dessen Ausführungen zweifellos den Nerv der Zeit trafen.¹ Doch nicht nur die Befunde zur Vermögensungleichheit und ihrer historischen Entwicklung, sondern auch andere Überlegungen »zum Sozialen« erlebten seither eine Renaissance. Diese deuten auf einen düsteren Erwartungshorizont, ein Gefühl zunehmender Unbeherrschbarkeit und stetig schwindender Handlungsmöglichkeiten: Die Debatte über »Modernisierungsverlierer«, um nur ein Beispiel zu nennen, also die explizite Bezugnahme auf exkludierte Bevölkerungsteile, deren Existenz ungewisse Folgen für die Legitimation demokratischer Gesellschaften nach sich zöge, befindet sich seit geraumer Zeit auf der politischen Agenda. Auch die Thematisierung einer sich zunehmend vergrößernden »Schere« zwischen »arm« und »reich«, das häufig bemühte

¹ Siehe Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014; vgl. auch ders., *Ökonomie der Ungleichheit. Eine Einführung*, München ²2016. Vgl. zur Diskussion unter anderem Julian Bank, Leerstelle in der wirtschaftspolitischen Debatte? Die Piketty-Rezeption und Vermögensungleichheit in Deutschland, in: *Ethik und Gesellschaft* (2016), 1, S. 1–31.

Bild einer »bedrängten« Mittelschicht² und Warnungen vor den unabsehbaren Folgen aktueller Verteilungskonflikte³ könnten ebenfalls in die lange Reihe besorgter Sozialdiagnosen eingereiht werden, die keineswegs nur auf Deutschland beschränkt sind, und sich in den letzten Jahren noch einmal verschärft zu haben scheinen.⁴ Euro- und Schuldenkrise, der »Brexit« und ein grassierender Rechtswie Linkspopulismus in Europa, »PEGIDA« und die jüngsten Wahlerfolge der »Alternative für Deutschland«,⁵ die mit Verve geführten Diskussionen um die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Enteignung von Immobilienkonzernen oder die Forderung nach der Verstaatlichung privater Firmen: »Das Soziale« polarisiert wie selten zuvor, gängige Ordnungs- und Orientierungsentwürfe, überkommene Sinnstiftungs- und Identifizierungsangebote, (schein-)konsensuale gesellschaftliche Leitideen werden zunehmend hinterfragt und sind unübersehbar ins Wanken geraten.

Diese gegenwärtigen, gleichwohl diffusen und schwer zu greifenden Beobachtungen sind Ausgangspunkt des nachfolgenden Sammelbandes, der sich der jüngeren Vorgeschichte sowie den aktuellen Ausprägungen und Nachwirkungen jener Konfliktlagen widmet. Dabei geht es den einzelnen Aufsätzen um je zeitgenössische Erwartungshaltungen und Erfahrungshorizonte, Brüche und Zäsuren, aber auch um Kontinuitäten und Persistenzen hinsichtlich unterschiedlicher Begriffskonstruktionen, die als normative semantische Setzungen soziale und ökonomische Entwicklungen beschreiben. Zudem geht es darum, interdisziplinäre Überlegungen zum Gegenstand anzustellen und perspektivisch disziplinenübergreifend zu bearbeiten. Dazu sind in diesem Band AutorInnen nicht nur aus den Geschichts-, sondern ebenfalls aus den Wirtschaftswissenschaften, der Theologie, Literatur- und Politikwissenschaft sowie der Soziologie versammelt. In den Blick genommen werden von ihnen aus den je spezifischen Blickrichtungen die Attraktivität jener sozialen Beschreibungsformeln und Ordnungsentwürfe zu bestimmten Zeiten, aber auch ihre Offenheit und Umstrittenheit, Kompatibilität und Aneignungsmodi. Welche Konstruktionsprinzipien, Eigenlogiken und Repräsentationsformen, so möchten wir fragen, lagen und liegen geläufigen Sozialdeu-

2 Siehe nur Bernhard Vogel, Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen, Hamburg 2009; Herfried Münkler, Mitte und Maß: Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010; Cornelia Koppetsch, Die Wiederkehr der Konformität. Streifzüge durch die gefährdete Mitte, Bonn 2015.

3 Marcel Fratzscher, Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird, München 2017. In globaler Perspektive sind zentral für diese Zusammenhänge August Deaton, Der große Ausbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen, Stuttgart 2017; Branko Milanovic, Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization, Cambridge 2016.

4 Für eben jenes Unbehagen in (ost-)europäischer Perspektive steht die Veröffentlichung von Ivan Kráštef, Europadämmerung. Ein Essay, Berlin 2017.

5 Vgl. nur jüngst Norbert Frei u.a., Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019 oder Cornelia Koppetsch, Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld 2019.

tungen zugrunde, wie haben sich diese historisch gewandelt? Wo liegen die Ursprünge des Nachdenkens über bestimmte Ordnungskonzeptionen und welche Konsequenzen wären daraus für eine vergleichende, über die Disziplinengrenzen hinausreichende Zeitgeschichte solcher Ordnungsentwürfe zu ziehen? Neben den Begriffen der »Sozialen Marktwirtschaft« und des (Neuen) »Kapitalismus«, von denen weiter unten noch die Rede sein wird, ist eine besondere Brisanz gerade für den des »Neoliberalismus« zu erkennen. Einige Historiker haben zuletzt zurecht angemahnt, der Begriff – der grob gesprochen die Existenz sozialer Ungleichheit als Movens wirtschaftlichen Wachstums einer Gesellschaft hervorhebt und Elemente wie Marktradikalität, Entsolidarisierung oder auch eine Ethnisierung sozialer Konflikte⁶ umfasst – sei eine inhaltlich diffuse, häufig abwertend genutzte ideologische Benennung,⁷ ja eine »politische Kampfvokabel«,⁸ der deshalb von der zeithistorischen wie sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung eine gleichsam nüchtern-reflektierte wie analytische Verwendung verlangt. Insofern kann dieser Band nicht nur als Beitrag zur Ideen- und Politikgeschichte des Neoliberalismus gesehen werden, den Doering-Manteuffel ins Zentrum seines »dritten Zeitbogens« gestellt hat,⁹ sondern ganz generell als ein Versuch, jene konzeptionell-begrifflichen Ausdeutungen, Bedeutungsverschiebungen, Problematisierungen, die Reichweite von Labels sowie Narrativedynamiken zu erfassen.¹⁰ Um jenen Sozialkonstruktionen in ihrer je zeitgenössischen Prägung und ihrem Nachwirken nachzuspüren, werden im Folgenden vier Ebenen miteinander verschränkt.

6 Christoph Butterwegge, Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik, in: ders. / Bettina Lösch / Ralf Ptak (Hg.), Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden ³2017, S. 123–200; vgl. auch den »Klassiker« der Literatur zum Thema: Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin 2011; Paul Mason, Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Frankfurt a.M. 2016; Simon Springer / Kean Birch / Julia MacLeavy (Hg.), The Handbook of Neoliberalism, New York 2016 sowie zuletzt Quinn Slobodian, Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism, Cambridge/London 2018 und Paul Nolte, A Different Sort of Neoliberalism? Making Sense of German History since the 1970s, in: Bulletin of the German Historical Institute Washington 64 (2019), S. 9–25.

7 Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015, S. 54.

8 Frank Bösch / Thomas Hertfelder / Gabriele Metzler, Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, in: dies. (Hg.), Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018, S. 13–36, hier S. 24.

9 Anselm Doering-Manteuffel, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), 3, S. 321–348.

10 Vgl. etwa die Ausführungen bei Christoph Conrad, Die Sprachen des Wohlfahrtsstaates, in: Stephan Lessenich (Hg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe: Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt a.M. 2003, S. 55–69.

»Wohlstand für alle«? Soziale Marktwirtschaft und »Wirtschaftswunder«
in der Bundesrepublik nach 1949

Der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat, der seit Mitte der 1950er Jahre allmählich Gestalt angenommen, eine stetige Expansion erlebt und an der Wende zu den 1970er Jahren seinen Höhepunkt gefunden hatte, bündelte sich – angefangen von der Bismarckschen bis zur Weimarer Sozialgesetzgebung – nicht nur sozialpolitische Strömungen des späten 19. Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit. Relativ günstige ökonomische Ausgangsbedingungen, die vor allem durch den Marshallplan stimuliert worden waren, unterstützten den Siegeszug der Sozialen Marktwirtschaft und beförderten darüber hinaus jenes »Wirtschaftswunder«, das verschiedenen konvergenten Entwicklungen zu verdanken war – diese Entwicklungen waren freilich keineswegs Selbstverständlichkeiten. Im Lichte einer landesweit dramatischen sozialen Lage nach dem Krieg, einer Vielzahl besonders Schutzbedürftiger, wie Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsoffer und schweren materiellen Verwüstungen, machte schnell die Rede von der »Volksnot« oder »Volksarmut« die Runde.¹¹

Die heute in Rückblicken nicht selten visionär wie affirmativ rekonstruierte, weitgehende institutionelle Restauration der bewährten Sozialversicherungssysteme und Durchsetzung konzeptioneller Leitbilder verlief jedoch alles andere als reibungslos. Vielmehr war der Wiederaufbau des Sozialen zunächst Gegenstand überaus konfliktreicher Aushandlungs- und Selbstverständigungsprozesse zwischen den bürgerlichen Parteien auf der einen und der SPD bzw. den Gewerkschaften auf der anderen Seite. Letztere präferierten zunächst noch einen »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus, stützten sich aber dabei mit ebenso großer Bestimmtheit auf den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft, wie es die Bundesregierung tat. Gerade diese begriffliche Kompatibilität und Unschärfe war der Grund für den großen zeitgenössischen Erfolg dieser Leitformel, die gleichzeitig Zukunftsversprechen und Antwort war auf die Erfahrungen einer gescheiterten Sozial- und Wirtschaftspolitik Weimarer Prägung. So konnte der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft letztlich »als parteipolitisch gebundener Wertbegriff, als theoretisches Konzept und als Beschreibung einer historisch wandelbaren Praxis«¹² reüssieren und eine breite (Nach-)Wirkung entfalten.¹³ Der Terminus fungierte in der Nachkriegsbundesrepublik als zunehmend popularisierter Werbe- und Kampfbegriff, der die bundesdeutsche Bevölkerung wie auch die Opposition gegen sozialistische Bestrebungen immunisieren und auf

11 Zu den Anfängen bundesdeutscher Sozialpolitik Hans Günter Hockerts, Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986), 1, S. 25–41.

12 Hans Günter Hockerts / Günter Schulz, Einleitung, in: dies (Hg.), Der »Rheinische Kapitalismus« in der Ära Adenauer, Paderborn 2016, S. 9–28, hier S. 14.

13 Vgl. den Beitrag von *Friedrun Quaa*s in diesem Band.

den neuen Kurs einschwören sollte. Ziel der Formel – laut Günter Schulz »kein einstimmiger gregorianischer Choral, sondern eher ein mehrstimmiges Madrigal«¹⁴ – war es nicht zuletzt, etwaige Bedenkenräger mit der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen zu versöhnen und zugleich Vorwürfen kapitalistischer Restauration dezidiert entgegenwirken zu können.¹⁵ Der Wirtschaftshistoriker Bernhard Löffler, der die symbolpolitische Seite des Begriffs en détail betrachtet hat, spricht gar von einer »affirmative[n] rhetorische[n] Figur«, einem »genial vereinfachende[n] Werbelabel und propagandistischen Medienprodukt«.¹⁶

Anvisiert war damit ein Wert- und Ordnungssystem, das grundsätzlich (und trotz konfessionell teils stark abweichender Akzentsetzung) christlich fundiert war, also sich am selbstbestimmten, sozial verantwortlich handelnden Menschen orientierte. Eine solche Ausrichtung sollte, so die damit verbundenen Hoffnungen, wiederum zu einer Steigerung der Produktivität und allgemeinem Wohlstand führen.¹⁷ Neben die Macht der Tradition und pfadabhängige Kontinuitäten vereinten sich außerdem ordoliberaler Denkanstöße, also des Prinzips der Freiheit auf dem Markt, mit Einflüssen der US-amerikanischen Besatzungsmacht sowie des Sozialkatholizismus. Letzterer machte sich für eine Implementierung von Grundsätzen wie Solidarität und Subsidiarität stark, also der Nachrangigkeit und Eigenverantwortung, wobei eine sozialstaatliche Leistung erst dann gewährt werden sollte, wenn alle anderen Einkommensarten oder Unterhaltungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren.¹⁸ Leitgedanke und zentrale Zielvorstellung war die Herstellung eines allgemeinen Wohlstandes, wobei Fragen nach Art, Ausmaß und Dauer staatlicher Regulierung und Intervention große parteipolitische Differenzen offenlegten (Eigenvorsorge vs. Kollektivsorge, privat-individualisierte

14 Günter Schulz, Soziale Marktwirtschaft in der historischen Perspektive. Eine Einführung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 4 (1997), S. 169–174, hier S. 171. Siehe ferner Bernhard Emunds / Hans Günter Hockerts (Hg.), Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breuning Impulse für die Sozialpolitik, Paderborn 2015. Nell Breuning sprach von »sozial temperierten Kapitalismus«, lehnte die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Ökonomie nicht ab, wollte aber die kapitalistische Klassengesellschaft überwinden und den Kapitalismus bändigen.

15 Hockerts/Schulz, Einleitung, S. 17.

16 Bernhard Löffler, Ökonomie und Geist. Ludwig Erhard, die Intellektuellen und die Ideengeschichte des europäischen Neoliberalismus, in: Michael Hochgeschwender (Hg.), Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche in der Adenauerzeit, Bonn 2011, S. 74–102, hier S. 75. Zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft und dessen integrativen Kraft vgl. auch Mark Spoerer, Wohlstand für alle? Soziale Marktwirtschaft, in: Thomas Hertfelder / Andreas Rödder (Hg.), Modell Deutschland: Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen 2007, S. 28–43, aus politikwissenschaftlicher Perspektive Martin Nonhoff, Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld 2006.

17 Siehe zu diesen Aspekten die Beiträge von *Ursula Nothelle-Wildfeuer* und *Benedikt Brunner* in diesem Band.

18 Vgl. Michael S. Abländer / Peter Ulrich (Hg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft: Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel, Bern 2009, S. 175–194.

vs. gesellschaftlich-solidarisierte Sozialpolitik, Freiheit vs. Gleichheit).¹⁹ Zwar avancierte spätestens mit der »Godesberger Wende« der SPD das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu einer parteipolitisch wie ideologisch umfassenden Verständigungsformel, doch sollte die Sozialdemokratie künftig weit stärker am Keynesianismus ausgerichtet bleiben. Frappierendes Resultat war somit eine überaus variationsreiche Verwendung des Begriffs bis wenigstens in die 1980er Jahre, vermutlich gar über die Zäsur 1989/90 hinweg, die aber zumindest einen weitgehend unerschütterlichen Grundkonsens schuf: Denn im Gegensatz etwa zum angloamerikanischen Raum lagen die sozialpolitischen Geschicke mit der CDU/CSU und der SPD bei zwei großen Sozialstaatsparteien – die sich freilich just dieser Tage damit konfrontiert sehen, dass ihr Charakter als »Volksparteien« im Niedergang begriffen scheint.²⁰

Ungeachtet aller skizzierten Abweichungen hinsichtlich der begrifflichen Aneignung, Adaption und Aufladung: Die sozialstaatlichen Erfolge lesen sich im Rückblick zweifellos beeindruckend: Manfred Schmidt spricht bezüglich der Jahre 1957 bis 1974 völlig zutreffend von einer Phase des expansiven Sozialstaates.²¹ Begünstigt war die Expansion des Wohlfahrtsstaates, die ihren Höhepunkt in der Großen Koalition und in den ersten Jahren der sozialliberalen Koalition haben sollte, von einem außergewöhnlich großen Wirtschaftswachstum und somit überaus günstigen Rahmenbedingungen. »[D]ie Euphorie der Expansion schien Grenzen des Risikos nicht zu kennen«²² – so stieg der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt (die sogenannte Sozialleistungsquote) von 1960 bis

19 Oliver Nachtwey, *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*, Wiesbaden 2009, S. 132f.; siehe zu den grundlegenden parteipolitischen Konflikten auch Timo Grunden, *Nach dem Machtwechsel der Politikwechsel? Die Frage der sozialen Gleichheit in christdemokratischer und sozialdemokratischer Steuer- und Haushaltspolitik 1994–2002*, Duisburg 2004, bes. S. 45–53.

20 Oliver Nachtwey, *System ohne Stabilität: Der Niedergang der Volksparteien*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64 (2019), 2, S. 95–102.

21 Hier und im Folgenden Manfred G. Schmidt, *Der deutsche Sozialstaat. Geschichte und Gegenwart*, München 2012; vgl. für Fragen der Periodisierung und der sozialstaatlichen Ausgestaltung auch ausführlich ders. / Tobias Ostheim / Nico A. Siegel u. a. (Hg.), *Der Wohlfahrtsstaat: Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2007; Alexander Nützenadel, *Wachstum und kein Ende. Die Ära des Keynesianismus in der Bundesrepublik*, in: Werner Plumpe / Joachim Scholtyseck (Hg.), *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, Stuttgart 2012, S. 119–138. Die Ausführungen beziehen sich außerdem auf Johannes Frerich / Martin Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Teil 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit*, München 1993. Verwiesen sei außerdem auf die einschlägigen 11 Bände zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Baden-Baden 2001–2008.

22 Paul Nolte, *Risikante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*, München 2006.

1975 von 18 auf gut 26 Prozent.²³ In Zeiten des »Konsenskapitalismus«²⁴ war Sozialpolitik Konsensstifterin, profitierten Arbeitnehmer von den allgemein guten wirtschaftlichen Entwicklungen, partizipierten am Wohlstand und dem Ausbau sozialer Interventions-, Sicherungs- und Präventionssysteme, während die Unternehmerseite die stabile Nachfrage an Konsumgütern zu schätzen wusste. Dominierten schon zuvor wirkmächtige Selbstdeutungsentwürfe wie Helmut Schelskys »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« oder die »Bolte-Zwiebel«,²⁵ so bildeten sodann Schlagworte wie »Vollbeschäftigung« – bis 1973 lag die Zahl der offenen Stellen, mit Ausnahme des Jahres des ersten Konjunkturreinbruchs 1967, über derjenigen der Arbeitslosen – und dem »importierten« Label der »Überflusgesellschaft« (John Kenneth Galbraith) denjenigen Deutungsrahmen und Erwartungshorizont, den manche Zeitgenossen hoffnungsfroh von einem »Sieg über die Armut« träumen ließen.²⁶ Der Nutzen und die Machbarkeit staatlicher Steuerung, so etwa auch der Eingriff im Falle des Auftretens konjunktureller Krisen, stand im Zentrum sozialpolitischen (Zukunfts-)Agierens und hieß immer auch Überzeugung und Glaube an eine Planbarkeit der Stabilisierung von Prosperität.²⁷ Dieses insgesamt ausgesprochen zukunftsoptimistische Leitbild in Zeiten des »Schönwetter-Sozialstaats«²⁸ könnte aus heutiger Sicht leicht waghalsig und illusionär, vielleicht überheblich oder gar naiv erscheinen; für den Zeitgenossen jedoch war das Symbol der »Goldenen Uhr« nach 50 Jahren Betriebszugehörigkeit, also die Annahme lebenslanger stabiler Beschäftigungsverhältnisse, wenn auch keine Selbstverständlichkeit, dann doch wenigstens potentiell greifbares Symbol für Planungssicherheit und Machbarkeitsglaube. Kurz: Der Nachkriegsboom ließ die Ansprüche und Erwartungshaltungen der Bevölkerung an den Staat als Regulierer und Garant von sozialer Gerechtigkeit ebenso anwachsen wie der Wohlstand finanzielle Verteilungsspielräume in ungekannten Größenordnungen stark erweiterte.²⁹

23 In den folgenden Jahren sollte sie stetig sinken, ehe sie seit 1990 wieder im Steigen begriffen ist. 2018 lag die Sozialleistungsquote bei knapp 30 Prozent. Siehe hierfür Hans Günter Hockerts, Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 3–29.

24 Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

25 Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft: Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.

26 Christoph Lorke, Armut in geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR, Frankfurt a.M./New York 2015, S. 228.

27 Christoph Boyer, Vom Keynesianismus und Staatssozialismus zum ...? Sozialökonomische Umbrüche in Europa im späten 20. Jahrhundert, in: Zeitgeschichte 34 (2007), S. 135–143.

28 Hockerts, Problemlöser.

29 Konrad H. Jarausch, Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart, in: ders. (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 9–28. Zu den veränderten Erwartungshorizonten Lutz Raphael, Europäische Sozialstaaten in der Boomphase (1948–1973). Versuch einer historischen Distan-

Nicht nur in Zeitdiagnosen, auch im historischen Rückblick war und ist die dann folgende Phase »nach dem Boom«³⁰ mit Krisennarrativen verbunden, deren Auslöser und Begründungen die 1970er Jahre als sozioökonomische Wasserscheide hervortreten lassen. Zusammengefasst werden jene Umbrüche zumeist unter den folgenden Schlagworten: der Zusammenbruch von Bretton Woods, die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte und der Abbau von Kontrollen grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs, die zunehmende Europäisierungstendenzen und eine damit entstehende Supranationalisierung des Sozialen, wodurch nationale Wirtschafts- und Finanzeingriffe entwertet und ein Verlust von Steuerungskompetenz, letztlich eine zunehmende Entgrenzung des national gerahmten Sozialstaates zu beobachten ist.³¹ Auch wenn es sicherlich verkürzt wäre, die (westdeutsche bzw. westeuropäische) Geschichte seit den 1970er Jahren allein als eine Geschichte des Verlustes und des Niedergangs zu schreiben und dabei die vielfältigen Aufbrüche in Umbruchszeiten (trotz sozialer Kosten) auszublenken,³² so bleibt doch festzuhalten: Allein in der Bundesrepublik stieg die Zahl der Arbeitslosen mit dem Wachstumseinbruch 1974/75 von 270.000 rasch auf über eine Million. Diese Grenze wurde ebenda in den folgenden Jahren bei verbesserter Konjunkturlage nur leicht unterschritten, um mit dem nächsten wirtschaftlichen Einbruch 1981/82 auf gar deutlich über zwei Millionen anzusteigen, was nicht weniger als eine Verachteinhalfachung in nur zehn Jahren bedeutete. Diese Ausmaße versinnbildlichten nicht nur einen allmählichen Bedeutungsverlust der klassischen Lohnarbeit und somit einen »Abschied von der industriegesellschaftlichen Hochmoderne«,³³ sie erhöhten vor allem auch den ohnehin bereits beträchtlichen Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Die markante Verschlechterung der ökonomischen Rahmungen ließen nun vermehrt Sozialstaatskritiker auf den Plan treten, die eine Einschränkung bei den Sozialausgaben

zierung einer »klassischen Phase« des europäischen Wohlfahrtsstaates, in: Hartmut Kaelble / Günther Schmid (Hg.), Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat, Berlin 2004, S. 51–74.

30 Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2010; Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael / Thomas Schlemmer (Hg.), Vorgeschichte der Gegenwart: Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.

31 Siehe dazu den Beitrag von *Hans-Ulrich Thamer* in diesem Band. Vgl. Außerdem Geoff Eley, End of the Post-War? The 1970s as a Key Watershed in European History, in: *Journal of Modern European History* 9 (2011), S. 12–17; Bent Greve, Welfare and the Welfare State. Present and Future, London 2015; Ernst Stetter, The EU Welfare State. Past, Present, and Future, in: José Antonio Ocampo / Joseph E. Stiglitz (Hg.), *The Welfare State Revisited*, New York 2018, S. 191–212; Hartmut Kaelble, Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt a.M./New York 2017.

32 Morten Reitmayer, Nach dem Boom – eine neue Belle Époque? Versuch einer vorläufigen Synthese, in: ders. / Thomas Schlemmer (Hg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014, S. 13–22.

33 Hockerts, Problemlöser, S. 3.

immer vehementer forderten und den Gedanken einer zunehmenden »Unregierbarkeit«³⁴ Nahrung geben sollten. Damit war das Ende der »klassischen Phase« europäischer Nachkriegs-Wohlfahrtsstaatlichkeit gekommen, die sich stets mit Wirtschaftswachstum und Prosperität verbunden hatte und eine weitgehende Austrocknung der Arbeitslosigkeit sowie markante Erweiterungen der Aufnahmekapazitäten des Arbeitsmarktes zu erreichen vermochte.³⁵ All dies wurde recht genau jenseits des »Eisernen Vorhangs« registriert, wo verschiedene Beobachter in derartigen Entwicklungen den erwartbaren historischen Verlauf vermuteten.

Systemkonkurrenz als Katalysator des Sozialstaats und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nach 1989/90

Denn das Sprechen über das Soziale war immer auch ein Diskurswettbewerb zwischen den Blöcken: Die gedankenexperimentellen Motive und Außengrenzen des bundesdeutschen Sozialstaatsmodells verliefen mitnichten parallel zu den Grenzen der »alten« Bundesrepublik. Vielmehr hat die Soziale Marktwirtschaft zweifellos eine starke Anziehungskraft auch auf die Bevölkerung der DDR entfaltet – und dies vermutlich bis zu deren Ende, oder besser: sogar darüber hinaus. Beide deutschen Staaten »funktionierten« während der Zweistaatlichkeit füreinander als permanente Konkurrenz- und Referenzgesellschaften, die darauf angewiesen waren, unter erheblichem Ressourceneinsatz gegenüber dem jeweils anderen deutschen Staat »Überlegenheit« auszustrahlen. Nicht zuletzt aufgrund dieser anhaltenden Wettbewerbssituation stiegen beide Staaten letztlich zur unumstrittenen Nr. 2 in ihren Gesellschafts-, Wirtschafts- und Militärblöcken auf. Vor diesem Hintergrund schien ein von ökonomischer Willkür und sozialen Verlustängsten geprägter Kapitalismus klassischer Provenienz in der Bonner Republik kaum vorstellbar, wollte man für »den Osten« nicht als idealtypische Projektionsfläche marxistisch-leninistischer Ideologie (konkret: Ausbeutung, Klassenkampf, Verelendung der Arbeiterschaft) fungieren. Insofern verband sich mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter des Kalten Kriegs zweifellos auch die Absicht, die bundesdeutsche Gesellschaft von Anfang an gegenüber politisch-sozialen Alternativen positiv und wirksam zu imprägnieren und dadurch zu legitimieren. Umgekehrt blieb die DDR angesichts der bundesdeutschen Referenzgesellschaft stets darauf angewiesen, den utopischen Erwartungshorizont des »realen Sozialismus« zu erweitern, um dadurch – in erster Linie durch die

³⁴ Vgl. die Ausführungen von *Markus Goldbeck* in diesem Band.

³⁵ Boyer, Keynesianismus; André Steiner, Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er-Jahren, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe 3 (2006), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2006/id=4716> [05.06.2019]; vgl. außerdem die Beiträge in *Thomas Raitchel / Thomas Schlemmer (Hg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989*, München 2009.

Verheißung allumfassender sozialer Sicherheit – attraktivitätssteigernd nach innen zu wirken und mit dem Streben nach Konkurrenzfähigkeit nach außen auf dem Weltmarkt politisches und ökonomisches Selbstbewusstsein zu demonstrieren.³⁶ Eine Geschichte sozialer Ordnungsentwürfe nach 1945 ohne jene »Verfremdungseffekte«, die die permanente gegenseitige Beobachtung und Gegenwart des jeweils »anderen Deutschland« ausgeübt hat, griffe demnach ebenso zu kurz, wie auf jene gesellschaftspolitische Alternativen zu verzichten, die sich im Zuge der Blockkonfrontation immer auch mit Überlegungen nach einem »Dritten Weg« verbanden.³⁷

Fragen der deutsch-deutschen Dimension hinsichtlich der mannigfachen »blockübergreifenden Probleme fortgeschrittener Industriegesellschaften«³⁸ werden bislang nur zögerlich reflektiert,³⁹ was durchaus überrascht: Systemkonkurrenz war immer auch – wenngleich gewiss asymmetrisch⁴⁰ – Sozialkonkurrenz. Somit war der Diskurswettbewerb um die »richtige« (also: die als humaner und gerechter aufgefasste) soziale Ausgestaltung des jeweiligen gesellschaftlichen Systems hochgradig ideologisch wie symbolpolitisch aufgeladen – was übrigens in vielerlei Aspekten bis heute nachwirkt.⁴¹ ›Hüben‹ wie ›drüben‹ war Sozialpolitik strategisches Instrument, sie diente der Aufwertung und Präsentation des eigenen als besserem System. Von den Besatzungsmächten weitgehend unberührt dienten bereits Vergleiche zwischen den einzelnen Zonen in Punkto Unterernährung, Versorgung, Konsum, Wohnverhältnisse usw. als wichtige Felder der Systemauseinandersetzung. Der Wettlauf mit der DDR und die immer offensichtlicher

36 Siehe dafür den Beitrag von *Jörg Roesler* in diesem Band. Vgl. außerdem Johannes Frerich / Martin Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Teil 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, München 1993. Siehe zur DDR-Sozialpolitik des Weiteren Beatrix Bouvier, *Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker*, Bonn 2002; in vergleichender Einordnung: Hans Günter Hockerts (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit: NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998; Manfred G. Schmidt / Tobias Ostheim, *Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, in: Schmidt/Ostheim/Siegel u. a. (Hg.), *Wohlfahrtsstaat*, S. 173–192.

37 Vgl. den Beitrag von *Ines Weber* in diesem Band.

38 Konrad H. Jarausch, »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe 1 (2004), 1, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2004/id=4538> [05.06.2019].

39 Vgl. aber etwa Winfried Süß, *Soziale Sicherheit und soziale Lagen in wohlfahrtsstaatlich formierten Gesellschaften*, in: Frank Bösch (Hg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015, S. 153–194.

40 Anschaulich wird dies etwa am Beispiel der »Westpakete«, vgl. hierzu Konstanze Soch, *Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989)*, Frankfurt a. M./ New York 2018.

41 Peter Hübner, *Sozialpolitik im geteilten Deutschland 1945–1989. Entwicklungspfade und Forschungsperspektiven*, in: Thomas Lindenberger / Martin Sabrow (Hg.), *German Zeitgeschichte. Konturen eines Forschungsfeldes: Konrad H. Jarausch zum 75. Geburtstag*, Göttingen 2016, S. 209–225, hier S. 210 f.

werdenden Niveauunterschiede gaben letztlich auch einen kaum zu unterschätzenden Ausschlag für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft; der Reformsozialismus westlicher Prägung hatte dadurch realisieren müssen, dass kein Weg an marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismen vorbeiführt – und zwar schlicht aus demokratietheoretischen Überlegungen.⁴² Nicht erst hier wird deutlich, wie Eigendynamik und Aufeinander-Bezogen-Sein ineinandergriffen, wobei wiederum die asymmetrische Anordnung der deutsch-deutschen Konstellation nicht außer Acht gelassen werden darf: So blieb der westdeutsche Lebensstandard bis zum Ende der Zweistaatlichkeit Referenzpunkt, nicht umgekehrt.⁴³

Wie aber verliefen nun die Entwicklungen im anderen Deutschland, was waren wichtige sozialpolitische Eckpfeiler, wo lagen Unterschiede und Gemeinsamkeiten? Ein wesentlicher Gegensatz zur Bundesrepublik war zweifellos das verfassungsmäßig verankerte »Recht auf Arbeit« – die Vollbeschäftigungsgarantie, die allerdings auch gleichzeitig eine Pflicht zur Arbeit implizierte – und ein existenzsicherndes Arbeitseinkommen, was älteren grundsichernden Vorstellungen der Arbeiterbewegung entsprach. Die zentral gelenkte Planwirtschaft beinhaltete eine auf Nivellierung ausgerichtete Lohnpolitik, umschloss eine ausgeprägte Familien- und Frauenförderung, umfangreiche, auf Egalisierung und Umverteilung zielende Subventionierungen von Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs und verstärkt seit den frühen 1970er Jahren auch im Bereich des Wohnungsbaus. Wesentlicher Faktor für die »Arbeitsgesellschaft« (Martin Kohli) DDR war ferner die betriebliche Sozialpolitik, die »Lückenfüller« für das alltägliche Dasein war, also maßgeblich verantwortlich für die Kinderbetreuung, bestimmte Zusatzleistungen wie Urlaubsreisen oder die Bereitstellung von Wohnraum und somit eine der wesentlichen gesellschaftlichen Stabilisierungsfaktoren war.⁴⁴ Der Preis, den der autoritäre sozialistische Wohlfahrts- und Arbeitsstaat DDR für diese garantierten Schutzrechte zu bezahlen hatte, war eine Überbesetzung der Arbeitsplätze und verkürzte Problemdiagnosen und -therapien, gerade mit Blick auf die latenten Spannungen zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik.⁴⁵ Daneben darf die Existenz einer relativen Armut nicht außer Acht gelassen werden, die immerhin in einer Größenordnung von etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung auftrat, die freilich im öffentlichen Diskurs beschönigend ausgeblendet werden musste.

⁴² Jakob Tanner, Das Kapital nach Marx. Piketty blickt ins 21. Jahrhundert, in: *Historische Anthropologie* 24 (2016), 2, S. 253–264, hier S. 259.

⁴³ Vgl. nur Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43 (1993), 29/30, S. 30–41.

⁴⁴ Vgl. nur Peter Hübner, Der Betrieb als Ort der Sozialpolitik in der DDR, in: Christoph Boyer (Hg.), *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR*, Dresden 1999, S. 63–74; ders., *Diktatur und Betrieb in der frühen DDR (1949–1961). Aspekte einer schwierigen Beziehung*, in: Dierk Hoffmann / Michael Schwartz / Hermann Wentker (Hg.), *Vor dem Mauerbau: Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre*, München 2003, S. 119–135.

⁴⁵ Schmidt, *Sozialstaat*, S. 52.

Betroffen waren allen voran diejenigen Gruppen, die außerhalb des Produktionsprozesses standen, also Rentner, aber auch Kinderreiche, Sozialfürsorgeempfänger oder Alleinerziehende, was auf spezifische Einschluss- und Ausschlussregeln der staatssozialistischen Gesellschaft verweist.⁴⁶ Auf der anderen Seite der sozialen Stufenleiter sind Spitzenkader oder Angehörige der bewaffneten Organe anzusiedeln, was darauf deutet, dass der Nexus zwischen Wohlverhalten und Versorgung weitaus enger sowie meritokratische Beurteilungsmodi ungleich stärker ausgeprägt waren als in der Bundesrepublik. Die notorische Ungleichbehandlung zwischen produzierenden und nicht produzierenden Gesellschaftsmitgliedern war letztlich durch die mangelnde Leistungskraft und Produktivität der DDR-Planwirtschaft bedingt.⁴⁷

Auch andere Widersprüche ließen sich anführen, etwa die Schwächen im Gesundheitswesen, aber auch die Paradoxien der Geschlechterordnung, wobei trotz Familienpolitik und Erleichterungen der Frauenberufstätigkeit die traditionelle Arbeitsteilung weitgehend beibehalten blieb. Die umfassenden Subventionen, die integrativ wirken und ein Klima sozialer Geborgenheit und Sicherheit schaffen sollten, führten nicht nur zu einer wenig effizienten Verwendung von Ressourcen, sie verhinderte auch eine dringend erforderlich Erhöhung der Einzelhandelspreise (oder im Umkehrschluss, eine Senkung der Löhne und Gehälter).⁴⁸ Dieser Schritt jedoch, das hatte die Partei- und Staatsführung die Erfahrung des Arbeiteraufstandes des Jahres 1953 gelehrt, unterblieb; stattdessen hatten der »Prager Frühling« oder die Unruhen in Polen im Dezember 1970 defensivreaktionäre, hektische Antworten auf drängende Fragen hervorgerufen. Dies hatte dazu beigetragen, einen patriarchalisch geprägten Konsumismus als »Herzstück des Staatssozialismus«⁴⁹ innerhalb der staatlich gelenkten Sozialpolitik zu installieren. Hierdurch wurden letztlich gigantische Summen aufgewandt, was zu Innovationsblockaden und einem Anstieg der Außenverschuldung in letztlich nicht mehr kontrollierbare Höhen führte. Nicht unähnlich zum Westen wurde da-

⁴⁶ Dazu umfassend Lorke, Armut.

⁴⁷ Christoph Boyer, Entstehung und Erbe des staatssozialistischen Wohlfahrtsstaates in Ostmitteleuropa, in: *Zeitgeschichte* 36 (2009), 6, S. 381–392, hier S. 382f.; zu Ungleichheiten im Staatssozialismus Jens Gieseke, Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe 10 (2013), 2, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2013/id=4493> [05.06.2019]; vgl. für die Folgen jüngst Günther Heydemann / Karl-Heinz Paqué, (Hg.), *Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft. Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR und den neuen Bundesländern 1945–1994*, Göttingen 2017.

⁴⁸ Christoph Cornelißen / Nicole Kramer, Der Europäische Wohlfahrtsstaat: Ursprünge, Modelle, Herausforderungen, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 67 (2016), 7–8, S. 389–407.

⁴⁹ Boyer, Erbe, S. 384.

mit eine Politik der Teilhabe am Konsum verfolgt, nicht unähnlich bilden mithin genau diese Jahre einen markanten Einschnitt.⁵⁰

Alles in allem trugen die sozialen Errungenschaften, die von einem Großteil der Bevölkerung immer mehr als Selbstverständlichkeit wahrgenommen worden sind, wiederum nicht unähnlich dem Westen zur Ausbildung einer hohen, im Rückblick womöglich überzogenen sozialen Erwartungshaltung bei, die in der finalen Phase der DDR zu zunehmenden legitimatorischen Problemen führen sollte. Zum Ende der DDR waren es gerade die wachsenden sozialpolitischen Missstände, etwa auf dem Feld der Wohnraumversorgung oder der Renten, wodurch die Modernisierungslücke zum Westen immer offensichtlicher wurde und woraus immense Legitimitätsprobleme erwachsen sollten. Nicht nur westlich, auch östlich des »Eisernen Vorhangs« schwand die Manövrierfähigkeit nationaler Politik, ob ausgelöst durch den Systemgegner, die offenkundig werdende Schwäche der Sowjetunion, internationale Finanzmärkte oder transnational agierende Unternehmen.⁵¹ Somit war auch der Staatssozialismus mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert, mit denen sich der demokratisch-keynesianistisch-korporatistische Wohlfahrtsstaat des Westens auseinandersetzen musste. Daher sind – ungeachtet aller systemischen Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur oder beispielsweise der vergleichsweise stärker ausgeprägten Arbeitsbiographiezentrierung im Osten – letztlich zwar graduelle, keinesfalls aber ausschließlich Unterschiede zwischen »Ost« und »West« zu konstatieren, waren beide Sphären kaum undurchlässig voneinander getrennt.⁵² Diese ständige Verbundenheit trotz Blockgebundenheit gilt es zeithistorisch künftig noch viel stärker zu berücksichtigen. Denn hier wie dort ging es um die Integration und um eine tendenzielle Inklusion immer größerer Bevölkerungsteile in ein sich stetig vergrößerndes Netz sozialpolitischer Sicherungsmaßnahmen, das vielfältige Sozialleistungen einschloss und mannigfache Präventiv- sowie Interventionsmechanismen eingerichtet hatte, was wiederum Loyalitäten generieren sollte und – mal mehr, mal weniger explizit – gegen den Systemgegner gerichtet war.

Die Umbrüche nach 1989/90 ließen die Prozesse, die im Westen der Republik schon längst im Gange waren, schließlich auch im Osten spürbar werden. Die in das westliche Sozialsystem bereits implementierten Rückbaudynamiken gingen Hand in Hand mit Europäisierungstendenzen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

50 Charles S. Maier, *Two Sorts of Crisis? The »long« 1970s in the West and the East*, in: Hans Günter Hockerts (Hg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 49–62.

51 Peter Hübner, *Fortschrittskonkurrenz und Krisenkongruenz? Europäische Arbeitsgesellschaften und Sozialstaaten in den letzten Jahrzehnten des Kalten Krieges (1970–1989)*, in: *Zeitgeschichte* 34 (2007), S. 144–150; siehe auch Alexander Burdumy, *Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971–1989*, Essen 2013.

52 Cornelißen/Kramer, *Wohlfahrtsstaat*; vgl. in kulturgeschichtlicher Hinsicht die unterschiedlichen Beiträge in Eva M. Gajek / Christoph Lorke (Hg.), *Soziale Ungleichheit im Visier: Wahrnehmung und Deutung von Armut und Reichtum seit 1945*, Frankfurt a.M./New York 2016.

und einer Entgrenzung des Sozialstaates; nun kam als weiterhin beschleunigender Faktor das Ende der kommunistischen Systeme in Osteuropa und der darauf folgende Transfer des Neoliberalismus nach Osteuropa hinzu.⁵³ Hatte die zuvor unangetastete Grundformel Arbeit, Einkommen, Bedarfssicherung und Unterhalt im Westen bereits an Geltungsanspruch eingebüßt,⁵⁴ was einen gewissen Grad an Desillusionierung nach sich zog, so kamen die Veränderungen im Osten ungleich abrupt. Aus Sicht mancher Sozialwissenschaftler durchlebten die »neuen Bundesländer« seit der Vereinigung eine »Verwestlichung der ostdeutschen Ungleichheitsstrukturen« (Rainer Geißler). So einleuchtend diese nüchtern gehaltenen Beobachtungen einer »Normalisierung« oder »Anpassung« an die Mechanismen vertikaler sozialer Mobilität und an den Typus westlicher post-industrieller Gesellschaften mitsamt aller Problematiken und individualisierten Risiken auch sein mögen, so sind sie doch insbesondere aus zeitgeschichtlicher Perspektive wenig befriedigend, weil dadurch weder die Ungleichheitsstrukturen der DDR-Gesellschaft vor 1989/90 berücksichtigt,⁵⁵ noch die zahlreichen Ambivalenzen des Einigungsprozesses ausreichend bedacht werden. Denn gerade die Frage nach den unterschiedlichen, normativ aufgeladenen Sozialvorstellungen blieben dabei unterberücksichtigt. Diese spiegeln sich paradigmatisch und prominent in den zeitgenössischen wie nachträglichen Debatten um die Treuhandanstalt und den verbundenen, teils revolutionär anmutenden sozialen Einschnitten, die in den Jahren nach 1990 allen voran die politische Linke zu politisieren versuchte.⁵⁶ »Erlernte« west- und ostdeutsche Sozialimaginationen und Deutungsgewohnheiten zu (Un-)Gleichheit nach 1989/90 auch nur annähernd aufeinander abzustimmen bzw. zwischen ihnen zu moderieren, sollte zu einer der größten Herausforderungen des Einigungsprozesses werden. Sie wirken, wie es scheint, bis in die Gegenwart als eine kaum zu überschätzende Quelle sozialen Unmuts.⁵⁷

53 Philipp Ther, Europäische Transformationen. Über Schocktherapien, Demokratie und Populismus nach 1989, in: Bösch/Hertfelder/Metzler, Grenzen, S. 239–258, hier S. 242; siehe auch Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit: Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012; vgl. zu aktuellen Entwicklungen Jan Zielonka, Counter-Revolution: Liberal Europe in Retreat, Oxford 2018.

54 Hübner, Fortschrittskonkurrenz.

55 Siehe dazu die Überlegungen von *Christopher Banditt* in diesem Band. Vgl. für das Folgende außerdem Christoph Lorke, Von alten und neuen Ungleichheiten. »Armut« in der Vereinigungsgesellschaft, in: Thomas Großbölting / ders. (Hg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 271–295.

56 Vgl. den Beitrag von *Marcus Böick* in diesem Band sowie dessen Studie Die Treuhand: Idee – Praxis – Erfahrung, 1990–1994, Göttingen 2018; vgl. zu den damaligen Diskussionen auch Thorsten Holzhauser, Neoliberalismus und Nostalgie. Politische Re-Formationen und die Entstehung der Linkspartei im vereinten Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), S. 586–618.

57 Siehe etwa Christoph Lorke, Die Einheit als »soziale Revolution«. Debatten über soziale Ungleichheit in den 1990er Jahren, in: Zeitgeschichte-online, März 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-einheit-als-soziale-revolution> [06.06.2019].

Les »trente glorieuses«. Europäische Wohlfahrtsregime in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Vergleich

Doch zunächst zurück zur Bundesrepublik der frühen 1980er Jahre: Ungleich stärker als zuvor wurden, nachdem der »kurze Traum immerwährender Prosperität«⁵⁸ ein jähes Ende erreicht hatte, die im Nachkriegskonsens geglätteten, jedoch teils offenen Fragen nach dem konkreten Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik nun wieder aufgeworfen, und zwar in aller Heftigkeit. Diese Entwicklung führte zu einem leidenschaftlichen Streit zwischen SPD und FDP. Als Letztere unumwunden und verstärkt für »mehr Markt« warb, zerbrach schließlich die sozialliberale Koalition. In der Folge wurden institutionelle Reformen des Sozialstaates und Prozesse der Deregulierung und arbeitsmarktpolitischen Flexibilisierung eingeleitet, die eine Erosion der industriellen Normalarbeitsverhältnisse, eine Zunahme irregulärer Erwerbsbiographien, die Entstehung bzw. Vergrößerung eines »Prekariats« bzw. der »Überflüssigen«⁵⁹ und einen tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt zur Folge haben sollte – Prozesse, die häufig als »neoliberale Wende« umschrieben werden. Philipp Ther und andere warnten allerdings davor, diesen Paradigmenwandel gerade im internationalen Vergleich überzubewerten und verwiesen auf die Tatsache einer behutsam-inkrementalen Reform statt einer abrupten Schleifung sozialer Sicherungsmechanismen.⁶⁰ Denn ausgesprochen »marktradikal« war jene Neujustierung des Verhältnisses von Wirtschaft und Sozialstaat hierzulande kaum. Vielmehr kontrastieren die vergleichsweise moderaten Anpassungen in der Bundesrepublik, aber auch in Italien, Österreich, Skandinavien oder Frankreich erheblich mit dem harten Kurswechsel im Zuge der »Thatcher-Revolution« im Vereinigten Königreich.⁶¹ Und dennoch: Im Gegensatz zu früheren Interpretationen betrachteten auch in der Bundesrepublik eher »neoliberal« gesinnte PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und sonstige KommentatorInnen soziale Ungleichheit in ihren Ausdeutungen nicht mehr als zu überwindenden Übelstand, sondern gar als Movens wirtschaftlichen Wachstums und Motivation für sozialen Aufstieg. Mit den 1980er Jahren ist der

58 Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 1984.

59 Martin Kronauer, *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a.M./New York 2002.

60 Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014; vgl. auch dessen Beitrag in diesem Band sowie Ivan T. Berend, *From the Soviet Bloc to the European Union. The Economic and Social Transformation of Central and Eastern Europe since 1973*, Cambridge 2009. Kritisch zum Topos der »neoliberalen Wende« äußerte sich auch – nebst anderen – Andreas Wirsching, »Neoliberalismus« als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Plumpe/Scholtyssek, *Staat und die Ordnung*, S. 139–150 sowie Peter Hoeres, *Gefangen in der analytisch-normativen Westernisierung der Zeitgeschichte. Eine Kritik am Konzept der Zeitbögen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63 (2015), S. 427–436.

61 Vgl. den Beitrag von *Almuth Ebke* in diesem Band.

bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat ein zunehmend »bedrängter« und befindet sich in einer Art dauerhaften politischen Rechtfertigungskrise, die untrennbar auf die transnationale Dimension des Problems, kurz: auf die zunehmende Rolle der Globalisierung und etwa die Abwanderung von Arbeitsplätzen in die »Dritte Welt«, nach Fernost oder Osteuropa sowie die Entwertung nationaler Wirtschafts- und Finanzengriffe und damit Verlust von Steuerungskompetenz rekurriert.⁶²

Der Band möchte versuchen, diese Beobachtungen auch jenseits deutscher Grenzen nachzuvollziehen und damit zu kontrastieren. Denn was für die deutsch-deutsche Konstellation (sowohl vor als auch nach 1989/90) zutrifft, kann für andere Vergleichsaspekte umso mehr Geltung beanspruchen. Nach wie vor ist die komparative Sozialstaatsforschung ein Desiderat: Während wir über Nordwest- und Mitteleuropa recht gut informiert sind, werden der Süden und auch der Osten Europas in länder- und systemübergreifenden vergleichenden Arbeiten zumeist ausgeklammert oder nur am Rande erwähnt⁶³ – von globalen Entwicklungen ganz zu schweigen.⁶⁴ Diese Leerstelle verwundert angesichts der Rede von der »Wiederkehr der sozialen Unsicherheit«,⁶⁵ die die Mehrzahl der europäischen Versicherungsgesellschaften im Zuge einer Rückkehr der Armut, einer massiven Verlagerung und Erweiterung der Risikobevölkerungen und der Entstehung neuer Armengruppen,⁶⁶ ja einer »Demokratisierung von Armut und Arbeitslosigkeit« (Ulrich Beck) zunehmend spürbar erfassen sollte. Diese grenz-

62 Winfried Süß, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf die Sozialpolitik der 1970er-Jahre, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 47 (2007), S. 95–126.

63 Vgl. aber Hartmut Kaelble, *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007 sowie andere Veröffentlichungen des Autors zum Thema; vgl. zudem Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 2010; Eberhard Eichenhofer, *Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der »sozialen Frage« bis zur Globalisierung*, München 2007.

64 Denn die in diesem Band aus pragmatischen Gründen gewählte eurozentrische Sichtweise darf nicht verstellen, dass ein umfassender »Export« des europäischen Wohlfahrtsstaatsmodells nach Übersee erfolgt ist (und weiterhin erfolgt). Siehe nur Ludger Pries, *Transnationalisierung sozialer Ungleichheit und gerechte Migration*, in: Steffen Mau / Nadine M. Schöneck (Hg.), *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten*, Berlin 2015, S. 175–184; vgl. jüngst Wilma Wolf, *Entgrenzungsprozesse in Arbeitsmärkten durch transnationale Arbeitsmigration: World Polity und Nationalstaat im 19. Jahrhundert und heute*, Baden-Baden 2018; Luann Good Gingrich / Stefan Köngeter (Hg.), *Transnational Social Policy. Social Welfare in a World on the Move*, London 2017.

65 Robert Castel, *Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit*, in: ders. / Klaus Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 2009, S. 21–34.

66 Christoph Conrad, *Was macht eigentlich der Wohlfahrtsstaat: internationale Perspektiven auf das 20. und 21. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 39 (2013), S. 555–592; vgl. auch die Anklageschrift von Hans Ulrich Wehler, *Die neue Umverteilung: Soziale Ungleichheit in Deutschland*, München 2013 sowie in zeitgenössischer Perspektive Jürgen Habermas, *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, in: ders., *Die Neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt a.M. 1985, S. 141–161.

überschreitenden Perspektiven möchte der Band wenigstens exemplarisch berücksichtigen, und zwar anhand der Beispiele Großbritanniens, der Niederlande, Schwedens und Italiens.⁶⁷ Diese Skizzen zu den Entwicklungen europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit werden eingebettet in größere Narrative europäischer Nachkriegsgesellschaften und orientieren sich bewusst an den unterschiedlichen Wohlfahrtstypen.⁶⁸ Auffällig ist, dass sich bei allen Spezifika für all diese Staaten ähnliche Verlaufsdynamiken nachzeichnen lassen können, wie dies für die Bundesrepublik holzschnittartig möglich ist: vom Durchbruch der modernen Industriegesellschaft und einem (mehr oder weniger stark ausgeprägten) Auf- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates hin zu zunehmenden Unsicherheiten und sodann (mehr oder weniger einschneidenden) Einsparungen, einem stetigen Anstieg von Arbeitslosenzahlen, dem steigenden Druck auf die öffentlichen Kassen, wodurch die Sozial- und Rentensysteme unter Druck gerieten – und was wiederum vor allem liberale und konservative Kräfte veranlasste, Warnungen vor wohlfahrtsstaatlicher »Überdehnung« und Forderungen nach notwendigen Kürzungen zu artikulieren.⁶⁹ Die Einkommens- und Vermögensunterschiede nahmen zwischen den 1950er und 1970er Jahren in den meisten europäischen Ländern deutlich ab; seither drehte sich die Entwicklung allerdings wieder um, wurden jene Differenzen wieder schärfer – und auch die Konflikte um den Wohlfahrtsstaat wurden just seit dieser Zeit wieder ungleich lebhafter geführt.⁷⁰ Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch anderswo wurde Massenarbeitslosigkeit zu einem Massenschicksal und steht – in vielen Teilen bis heute – symbolisch-paradigmatisch für verloren gegangene Sicherheiten.⁷¹

Repräsentationen, subjektive Aneignungen und Semantiken im neuen Kapitalismus

Die Folge der skizzierten Entwicklungen waren (nicht nur in der Bundesrepublik) seit den 1980er Jahren ein entgrenztes, ungleich stärker individualisiertes

67 Siehe die Beiträge von *Almuth Ebke*, *Ingrid Ostner* und *Massimiliano Livi* in diesem Band. Vgl. zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Wandlungsprozessen in vergleichender Perspektive zuletzt auch Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Frankfurt a.M. 2019.

68 Gøsta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge 1990; gleichwohl war auch dem dänischen Politologen klar, dass es keine wohlfahrtsstaatlichen Idealtypen gibt; siehe hierfür auch Ursula Dallinger, *Sozialpolitik im internationalen Vergleich*, Konstanz 2016 sowie Patrick Sachweh, *Ideen, Werte und Kultur als Erklärungsfaktoren in der Wohlfahrtsstaatsforschung*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 57 (2011), 4, S. 371–382.

69 Cornelißen/Kramer, *Wohlfahrtsstaat*. Vgl. insgesamt Hans-Peter Ullmann, *Das Abgleiten in den Schuldenstaat: Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren*, Göttingen 2017.

70 Kaelble, *Sozialgeschichte*, S. 234f.; 348 f.

71 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M. 1986, S. 150.

und enttraditionalisiertes Sozialleben in einer »Risikogesellschaft«, die sich von einem Anstieg des Anteils von Langzeitarbeitslosen und einem höheren Risiko, arbeitslos zu bleiben oder arbeitslos zu werden, charakterisieren ließe. Letztlich führte dies zu einer Generalisierung und Normalisierung des Umstandes »Arbeitslosigkeit«. ⁷² Doch damit nicht genug: Nach der »Vereinigungskrise« (Jürgen Kocka) wurden hierzulande spätestens mit den »Nuller-Jahren« und der Installation der »Agenda 2010« zentrale Elemente des Gesellschaftsvertrages und Nachkriegskonsenses sukzessive hinterfragt bzw. aufgeweicht. Dazu traten arbeitsmarktpolitische Einschnitte, die unter dem Rubrum der »Flexibilisierung« ⁷³ eine Lockerung des Kündigungsschutzes, die Deregulierung und Separierung des Arbeitsmarktes in unterschiedliche Bereiche mit je unterschiedlichen Verträgen sowie Schutzrechten und letztlich auch abweichender Bezahlung umfasste. ⁷⁴

Doch was macht nun den »neuen«, gleichwohl kaum eindeutig zu definierenden Kern des »Geist des Kapitalismus« ⁷⁵ der vergangenen etwa drei Jahrzehnte aus, inwiefern ist »das Soziale« in Zeiten jenes »neuen«, eines »flexiblen Kapitalismus« analytisch zu fassen, zu historisieren? ⁷⁶ Jüngst machten Sören Brandes und Malte Zierenberg darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, die performative Herstellung, Wahrnehmungen und Erwartungen an den Kapitalismus in der historischen Analyse ebenso zu berücksichtigen wie den Blick auf konkrete menschliche Interaktionszusammenhänge zu schärfen. ⁷⁷ Wolfgang Streeck plädierte in

72 Beck, Risikogesellschaft, S. 143–148.

73 Zentral ist hier Richard Sennett, *Der flexible Mensch*, Berlin 2006.

74 Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013, S. 98f.

75 Luc Boltanski / Eve Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003.

76 Stephan Lessenich, *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld 2008; vgl. für die bundesdeutsche Geschichte die Überlegungen bei Ralf Ahrens / Boris Gehlen / Alfred Reckendres (Hg.), *Die »Deutschland AG«*. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus, Essen 2013.

77 Sören Brandes / Malte Zierenberg, *Doing Capitalism. Praxeologische Perspektiven*, in: *Mittelweg 36* (2017), 1, S. 3–24; vgl. zudem die konzeptionellen Ausführungen in: Philipp Kufferath / Friedrich Lenger (Hg.), *Sozialgeschichte des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Bonn 2018. Siehe zu diesem Komplex auch den Beitrag von *Lisa Suckert* in diesem Band. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren zahlreiche Monographien und Sammelbände vorgelegt, die das Thema aus unterschiedlichen, aber genuin historischem Blickwinkel beleuchten, etwa: Gunilla Budde (Hg.), *Kapitalismus. Historische Annäherungen*, Göttingen 2011; Jürgen Kocka, *Geschichte des Kapitalismus*, München 2013; Heide Gerstenberger, *Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus*, Münster 2017; Friedrich Lenger, *Globalen Kapitalismus denken. Historiographie-, theorie- und wissenschaftsgeschichtliche Studien*, Tübingen 2018; Werner Plumpe, *Das kalte Herz: Kapitalismus. Die Geschichte einer andauernden Revolution*, Berlin 2019; Ute Frevert, *Kapitalismus, Märkte und Moral*, Wien u. a. 2019. Zudem wurden jüngst weitere Vorschläge zur Historisierung des Kapitalismus unterbreitet, siehe etwa Werner Plumpe, *Wie schreibt man die Geschichte des Kapitalismus. Der Kapitalismus als Problem der Geschichtsschreibung*, in: *Journal of Modern European History* 15 (2017), 4, S. 457–

seinem konzeptionell offenen Vorschlag dafür, Kapitalismus als einen spezifischen Modus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns zu verstehen.⁷⁸

Festzuhalten jedenfalls sind fundamentale Spannungen zwischen Kapitalismus und Demokratie und ihre schrittweise Entkoppelung seit den 1970ern, die von Streeck als Spätzeit der politisch-ökonomischen Formation der Nachkriegsperiode bezeichnet und auf den »Prozess einer Entdemokratisierung des Kapitalismus vermittelt Entökonomisierung der Demokratie«⁷⁹ rekuriert wurden. Diese Prozesse hätten sich vor allem seit der letzten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 weiter verschärft. Zentrale Elemente des Gesellschaftsvertrages und Nachkriegskonsenses seien demnach sukzessive aufgekündigt bzw. hinterfragt worden, etwa sozialstaatliche Interventions- und Präventionsmechanismen sowie verfassungsrechtlich geschützte soziale Bürgerrechte, aber auch ein breiter öffentlicher Sektor mit sicherer Beschäftigung. Seither dominieren Schlagworte wie Globalisierung der Märkte, Lockerung des Kündigungsschutzes, Deregulierung und Aufspaltung des Arbeitsmarktes in Kern- und Randbereiche, Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen, eine Verschlankung des Wohlfahrtsstaates sowie der Forderung nach verstärkter Eigeninitiative⁸⁰ – diese Schlagworte umreißen eine Tendenz, die im Zuge einer »Ökonomisierung des Sozialen« und gewissermaßen als »Nebeneffekt« der skizzierten Entwicklungen

469 sowie ebd. Jürgen Kocka, *Durch die Brille der Kritik: Wie man Kapitalismusgeschichte auch schreiben kann*, S. 480–488. Siehe auch die instruktiven Überlegungen bei Stefan Berger / Alexandra Przyrembel, *Moral, Kapitalismus und soziale Bewegungen. Kulturhistorische Annäherungen an einen alten Gegenstand*, in: *Historische Anthropologie* 1 (2016), S. 88–107.

78 Wolfgang Streeck, *How to Study Contemporary Capitalism?*, in: *European Journal of Sociology* 53 (2012), 1, S. 1–28; vgl. außerdem Patrick Sachweh / Sascha Münnich (Hg.), *Kapitalismus als Lebensform? Deutungsmuster, Legitimation und Kritik in der Marktgesellschaft*, Wiesbaden 2017.

79 Streeck, *Gekaufte Zeit*, S. 98 f.

80 Siehe in historischer Perspektive Knud Andresen / Stefan Müller (Hg.), *Contesting Deregulation. Debates, Practices and Developments in the West since the 1970s*, New York/Oxford 2017; Dietmar Süß / Norbert Frei (Hg.), *Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012; vgl. jüngst Thomas Handschuhmacher, »Was soll und kann der Staat noch leisten?« Eine politische Geschichte der Privatisierung in der Bundesrepublik 1949–1989, Göttingen 2018. Ganz zentral für diesen Zusammenhang ist Ulrich Bröckling, *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt a.M. 2013; siehe auch ders., *Vermarktlichung, Entgrenzung, Subjektivierung. Die Arbeit des unternehmerischen Selbst*, in: Jörn Leonhard / Willibald Steinmetz (Hg.), *Semantiken von Arbeit: Diachrone und vergleichende Perspektiven*, Köln u.a. 2016, S. 317–390. Vgl. ebenfalls Armin Nassehi, *Besser optimieren*, Hamburg 2012. Zur Forderung nach Eigeninitiative vgl. u.a. Loïc Wacquant, *Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*, Opladen 2009; siehe zudem Karl-Siegbert Rehberg, »Neue Bürgerlichkeit« zwischen Kanonsehnsucht und Unterschichten-Abwehr, in: Heinz Bude / Joachim Fischer / Bernd Kauffmann (Hg.), *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?*, München 2010, S. 55–70. Siehe zuletzt aus historischer Perspektive auch Nina Verheyen, *Die Erfindung der Leistung*, München 2018.

beispielsweise eine öffentlich-symbolische Abwertung von Langzeitarbeitslosen oder die Diskriminierung anderer »Überflüssiger« nach sich gezogen hatte.⁸¹

»Die Krise der Sozialen Marktwirtschaft und der neue Kapitalismus« – der Titel des vorliegenden Bandes verweist mittels zweier zentraler Begriffe auf die charakteristische Phase einer Übergangsgesellschaft, die im Kern die letzten beiden Jahrzehnte vor und die eineinhalb Jahrzehnte nach der Wende zum 21. Jahrhundert zu beschreiben versucht. Doch setzt dies die am Produktionsparadigma orientierte Folie eines Begriffs der Gegenwart voraus, was längst nicht mehr selbstverständlich zu sein scheint, wenn sich Zeiträume und Gegenstandsbereiche zumal unter postmodernen Vorzeichen nicht mehr ohne weiteres unter eine begriffliche Verfügung zwingen lassen.

So sehr eine kategorial nähere Bestimmung der unmittelbaren Vergangenheit auf begriffliche Eingangsüberlegungen angewiesen ist, so wenig müsste sich diese um jeden Preis an einem am Arbeitsprozess orientierten industriellen Praxiszusammenhang messen lassen. Gewiss, das wäre immer noch naheliegend, aber keinesfalls zwingend. In vielerlei Hinsicht blieb der Moderne-Begriff an die »Industrielle Welt« rückgebunden,⁸² die zumal aus einer postmodernen Perspektive als möglicher Denkraum und Reflexionshorizont die Realität immer weniger abzubinden scheint. Dabei versuchen Vertreter der Postmoderne im Anschluss an Jean-François Lyotard gar nicht erst, der Geschichte und Gegenwart ein verbindliches Interpretationszentrum aufzuerlegen, sondern abstrahiert von der Deutungskonkurrenz verschiedener Theoriepositionen, indem sämtliche ontologischen Behauptungen und normative Projektionen als gleich gültig bewertet werden.⁸³ Für einen »Diskurs der Kontinuitäten« zeigt sich das postmoderne Denken jedenfalls nicht anschlussfähig.⁸⁴

Die Trennungen und Verselbständigungen, die seit der beginnenden Moderne darauf angelegt waren, sich »von der Naturwüchsigkeit traditionaler Lebensformen [zu] emanzipieren«, sind einem postmodernen Bewusstsein auf eine ganz andere bzw. gesteigerte Weise, nämlich als vollständige Revision von Verbindlichkeiten, inhärent.⁸⁵ Zwar mag man auch aus dieser Perspektive noch zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Kapitalismus unterscheiden – aber ein Differenzieren und Kategorisieren, das sich auf ein Für und Wider oder gar auf moralisierende Argumente und Beweisführungen stützen würde, gibt es nicht mehr. Denn der Abschied von den großen Erzählungen zählt ja gerade zu den Pointen der Post-

81 Wilhelm Heitmeyer / Kirsten Endrikat, Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für »Überflüssige« und »Nutzlose«, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M. 2008, S. 55–72; Heinz Bude / Andreas Willisch (Hg.), Exklusion. Die Debatte über die »Überflüssigen«, Frankfurt a.M. 2008.

82 So der Titel der Reihe, die seit 1962 vom Arbeitskreis für Moderne Sozialgeschichte herausgegeben wird und die Moderne wie selbstverständlich als industriell konfiguriert interpretiert.

83 Vgl. Jean-François Lyotard, La condition postmoderne. Rapport sur le savoir, Paris 1979.

84 Michel Foucault, Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M. 1973, S. 23.

85 Jürgen Habermas, Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt a.M. 1988, S. 104.

moderne.⁸⁶ Indem der Postmodernismus stabile Identifikationsmomente schlichtweg negiert, ja auch das Bedürfnis nach »Sinn« in ebenso beliebige wie biegsame plurale Äußerungsformen übersetzt, wird auch die Bedeutungsintention einer Entwicklungsperspektive vom Kapitalismus zur Sozialen Marktwirtschaft und wieder »zurück« als strukturiertem Prozess lapidar beiseitegeschoben.

Eine ähnliche normative Unbestimmtheit ließe sich daneben für die Systemtheorie diagnostizieren, die sich im Schema funktionaler Differenzierung einer klassischen »Kampfsemantik«, mit der Gerechtigkeitsimperative und moralische Integrität eingeklagt werden, grundsätzlich enthält.⁸⁷ Der Kapitalismus stellt hier – wie auch die Soziale Marktwirtschaft – so gesehen nur eine alles in allem indifferente Benutzeroberfläche für wirtschaftliches Handeln dar, das die Leistungsfähigkeit eines Systems unter dem Gesichtspunkt funktionaler Koordination bzw. Differenzierung bewertet. Der Markt als gewissermaßen »prototypische Gestalt sozialer Vermittlung im Kapitalismus« existiert im Grunde ohne die Orte vorgelagerter Kommunikation, die ihn in vielerlei Hinsicht erst ermöglichen.⁸⁸ In einem System, das den Erwerb von Gewinn quasi leitcodierend voraussetzt, werden konkurrierende Systemleistungen wie zum Beispiel die notwendige soziale Integration so relativ leidenschaftslos zur Randbedingung dequalifiziert.

Abgesehen von postmodern und systemtheoretisch inspirierten Ansätzen hat das maßgeblich von Ulrich Beck, Anthony Giddens und Scott Lash favorisierte Konzept einer »zweiten Moderne«, die von der Annahme eines sich seit den 1970er Jahren vollziehenden Epochenwandels ausgeht, die Linearitätsannahme geläufiger Moderne-Vorstellungen in Frage gestellt. So zeichne sich das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts nicht nur durch eine immense und sich geradezu ins Unübersichtliche steigernde Pluralität, sondern auch durch tiefgreifende Individualisierungsprozesse, die Erosion religiöser Bindungen und die Auflösung überlieferter Sozialmilieus aus. Aus dieser Perspektive sei die sogenannte zweite Moderne als ein »Zeitalter der Nebenfolgen« zu begreifen.⁸⁹ Zumal die ökologischen Gefährdungen, die auf dem Verbrauch von fossilen Rohstoffen beruhen, führten im globalen Maßstab zu einer Demokratisierung der Risiken in einem »global desorganisierten Kapitalismus«.⁹⁰ Die »Risikogesellschaft« kennzeichne sich als eine Gesellschaft der Widersprüche, allerdings ohne den aus einer linken Per-

86 Vgl. Vittorio Hösle, Apologie der Postmoderne, in: Bernd Goebel / Fernando Suarez Müller (Hg.), Kritik der postmodernen Vernunft. Über Derrida, Foucault und andere zeitgenössische Denker, Darmstadt 2007, S. 259–268, hier S. 259 f.

87 Niklas Luhmann, Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1996, S. 161.

88 Axel Honneth, Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie, Frankfurt a. M. 1985, S. 89.

89 Ulrich Beck, Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne, in: ders. / Anthony Giddens / Scott Lash (Hg.), Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt a. M. 1996, S. 19–112.

90 Ulrich Beck, Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt a. M. 2007, S. 31 f.

spektive betonten Hauptwiderspruch von Kapital und Arbeit, wobei überhaupt die politisch traditionelle Spannung zwischen *links* und *rechts* an Überzeugungskraft verliere.⁹¹ Kurz: Eine Argumentationslinie, die sich auf den Fluchtpunkt einer »zweiten Moderne« bezieht, abstrahiert ebenfalls von jenem von Nähe und Spannung geprägten Verhältnis, das zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Kapitalismus besteht, und betont demgegenüber die »Selbsttransformation der Industriegesellschaft«, die ihr Konfliktpotential nicht mehr aus den Macht- und Herrschaftsverhältnissen der traditionellen kapitalistischen Moderne bezieht.⁹²

* * *

Das vorliegende Buch ist das Ergebnis der gleichnamigen Tagung, die wir vom 1. bis zum 3. November 2017 auf Gut Siggen im Rahmen der Reihe ›Nassauer Gespräche‹ durchführen durften. Diese Veranstaltung wäre ohne die tatkräftige Unterstützung der Freiherr vom Stein-Gesellschaft e.V. nicht zu realisieren gewesen. Die ersten Ideen hierfür entstanden in einem Gespräch mit dem damaligen geschäftsführenden Präsidialmitglied Prof. Dr. Bernd Walter, der die konzeptionellen Überlegungen ebenso überzeugend fand wie dessen Nachfolger Dr. Georg Lunemann. Beiden gebührt daher ein herzliches Dankeschön. Sylvia Monzel von der Freiherr vom Stein-Gesellschaft e.V. hat geholfen, die Veranstaltung kompetent mit vorzubereiten, dafür danken wir ganz herzlich. Die Alfred-Toepfer-Stiftung hat die Tagung finanziell großzügig unterstützt und uns das Seminarzentrum auf Gut Siggen zur Verfügung gestellt. Vor Ort haben wir in überaus anregender Umgebung konzentriert diskutieren können, was auch an der freundlichen Unterstützung von Kai Brodersen gelegen hat; vielen Dank! Lilith Buddensiek, Dr. Sabine Kittel, Prof. Dr. Thomas Großbölting und PD Dr. Winfried Süß haben unseren Austausch durch ihre Diskussionsbeiträge bereichert. Schließlich gilt ein großer Dank dem Steiner-Verlag und hier insbesondere Katharina Stüdemann und Simone Zeeb, die die Drucklegung dieses Bandes begleitet haben. Ein letzter Dank ist Sandra Frühauf und Markus Opfermann als Mitarbeiter des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte auszusprechen. Sie haben alle Aufsätze akribisch Korrektur gelesen. Die verbleibenden Fehler oder Ungenauigkeiten gehen selbstverständlich allesamt zu unseren Lasten.

Münster, im Oktober 2019

⁹¹ Vgl. Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a.M. 1997.

⁹² Als zwischen Moderne und Kapitalismus vermittelndem Ansatz vgl. Oliver Nachtwey, *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Frankfurt a.M. 2016.

ZUR TRANSFORMATION
DES ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN
ZEITBEWUSSTSEINS
SEIT DEN 1970ER JAHREN

EIN NEUES ZEITALTER DER EXTREME?

Ordnungsvorstellungen und Krisennarrative in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Im November 1973 verhängte die Bundesregierung an vier Sonntagen ein allgemeines Fahrverbot für alle Kraftfahrzeuge. Darüber hinaus verabschiedete sie ein Energiesicherungsgesetz, das für sechs Monate eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 100km/h auf Autobahnen und 80km/h auf Landstraßen anordnete. Das war die unmittelbare und für jedermann spürbare Reaktion auf die Ölpreiskrise, die im Zusammenhang mit dem Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 ausgebrochen war. Die »Organisation Erdöl exportierender Staaten« (OPEC) hatte die Ölförderung um 5 Prozent gedrosselt, um die westlichen Länder wegen ihrer Unterstützung Israels unter Druck zu setzen. Der Ölpreis stieg daraufhin von rund 3 US-Dollar pro Barrel auf über fünf Dollar, das waren etwa 70 Prozent. Im Verlauf des nächsten Jahres stieg der Ölpreis weltweit auf über 12 Dollar. Der Spareffekt der autofreien Sonntage war allerdings gering. Die Bundesrepublik musste 1974 für ihre Ölimporte rund 17 Milliarden Dollar mehr bezahlen als im Jahr zuvor. Die drastische Verteuerung der Energiekosten verschärfte in allen Industrieländern eine sich durch steigende inflationäre Tendenzen und zunehmende Arbeitslosigkeit ohnehin abzeichnende Wirtschaftskrise und führte zu einem deutlichen Anstieg von Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Sozialausgaben und Insolvenzen von Unternehmen. Eine »Stagflation«, das heißt die Verbindung von hoher Arbeitslosigkeit und galoppierender Inflation, drohte zum Dauerzustand zu werden. Es waren einschneidende Ereignisse, die nicht nur die konjunkturelle Krise verschärften, sondern auch die strukturellen Probleme der Wirtschafts- und Sozialordnung sichtbar machten.

Der Ölpreisschock wurde zum symbolischen Schlüsselereignis, an dem sich bald alle Wahrnehmungen und Deutungen des längerfristigen sozial-ökonomischen Strukturwandels der 1970er Jahre in Europa (und auch darüber hinaus) ausrichteten. An diesen spektakulären weltwirtschaftlichen Einbrüchen, die sich

1979 zudem noch auf sehr viel drastischere Weise wiederholten, ließen sich erst im Rückblick erkennbare Paradigmenwechsel festmachen.¹

I. Das Ende des »Goldenen Zeitalters« ?

Im Lichte dieser Einschnitte erhielten auch frühere und spätere ökonomische Vorgänge ihre erkennbare Bedeutung und verbanden sich in der Wahrnehmung mit dem Ölpreisschock. Dazu gehört der bereits zwei Jahre zuvor als Reaktion auf die massive Dollar-Schwäche erfolgte Zusammenbruch der Weltfinanzordnung von Bretton Woods, der bald als ein Auslöser der krisenhaften Entwicklung verstanden wurde. Nun wurde auch spürbar, was sich schon seit einiger Zeit als Strukturproblem einiger Traditionsindustrien abgezeichnet hatte und was den Schock von 1973/79 einrahmte beziehungsweise überlagerte.² Die Kohleindustrie konnte ihre Produkte nicht mehr gewinnbringend absetzen; immer mehr Zechen drohte die Schließung, die allenfalls durch staatliche Subvention hinausgezögert werden konnte. Ähnlich litten Eisenhütten und Werften, schließlich auch die Textilindustrie unter der weltweiten Konkurrenz, die billiger produzieren konnte und mit ihrem Massenangebot auf den Weltmarkt drängte. Die starke Konkurrenz von Billigpreisländern in Asien bedrohte ganze Branchen und verstärkte die Sockelarbeitslosigkeit.

Doch das waren nicht allein die Ursachen für die steigende und in einzelnen Regionen beziehungsweise industriellen Sektoren besonders massiv einsetzende Arbeitslosigkeit. Noch langfristiger und widersprüchlicher wirkte sich der beschleunigte technologische Wandel aus: Innovationen in neue Hochtechnologien, von denen die Mikroelektronik seit den 1970er Jahren die Vorreiterrolle spielte, veränderten die Arbeits- und Lebenswelten grundstürzend. Traditionelle Berufe wie beispielsweise die des Schrift- oder Bleisetzers wurden von der Einführung von Satzcomputern verdrängt. Die neuen Technologien, so hoffte man, sollten mittelfristig die Zusammenbrüche traditioneller Industrien und die Gefahr einer

¹ Aus der mittlerweile umfangreichen wissenschaftlichen Literatur siehe Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, bes. S. 463–578; André Steiner, *Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?*, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 29–48; Gerold Ambrosius, *Sektoraler Wandel und Internationale Verflechtung: Die bundesdeutsche Wirtschaft im Übergang zu einem neuen Strukturmuster*, in: Thomas Raithel / Andreas Rödder / Andreas Wirsching (Hg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 17–30; Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008. Zum Jahr 1979 vgl. jüngst Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019.

² Stephan H. Lindner, *Die westdeutsche Textilindustrie zwischen »Wirtschaftswunder« und Erdölkrise*, in: Jarausch, *Ende der Zuversicht*, S. 49–67.

Entindustrialisierung kompensieren. Nicht nur die Produktionsstrukturen wurden von dem technologischen Wandel erfasst, sondern auch der Arbeitsmarkt. Die neuen Technologien erforderten Arbeitskräfte, die über eine sehr viel höhere Qualifikation verfügten und stürzten diejenigen in die Arbeitslosigkeit, die nicht mithalten konnten oder erst mühsam umschulen mussten. Die hohe Sockelarbeitslosigkeit und die Notwendigkeit der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes brachten den Sozialstaat, der gerade erst durch einen außerordentlichen Ausbau mehr Sicherheit und Wohlstand zu garantieren versprach, unter verstärkten Druck.³ Denn nun brachen auch noch Steuereinnahmen in einem beträchtlichen Umfang ein, während die auf den Sozialstaat gerichteten Leistungsanforderungen zunahmen. Mit dem in seinen Konsequenzen äußerst widersprüchlichen und in den einzelnen Branchen beziehungsweise Regionen sich sehr unterschiedlich vollziehenden Strukturwandel änderten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler, was auch die sozio-kulturellen Lebensformen vielfach veränderte und zugleich mit einem allgemeinen Mentalitäts- und Kulturwandel verschränkt war. Der hatte sich, ebenfalls partiell und keineswegs allgemeingültig, zunächst unabhängig davon ebenfalls schon langfristiger entwickelt und hatte eigene Wurzeln.⁴ Die Säkularisierung und die Auflösung traditioneller Normensysteme hatte schon seit den 1960er Jahren eingesetzt und führte zu einer verstärkten Individualisierung und Pluralisierung, die sich seit den 1970er Jahren bemerkbar machten.⁵ Dieser vielgliedrige Wertewandel, der freilich auch konservative Gegenbewegungen hervorrief, verschränkte sich zunehmend mit dem sozio-ökonomischen Umschwung. Es waren sehr komplexe Gemengelagen von wirtschaftlichen, technologischen, politischen und kulturellen Umbrüchen und Veränderungen, denen die Zeitgenossen auf ganz verschiedenen und voneinander scheinbar unabhängigen Feldern begegneten, ohne dass sie zunächst Zusammenhänge wahrnahmen. Denn viele Wandlungsvorgänge waren schon länger im Fluss, nur beschleunigten sie sich – auch unter dem Druck der neuen Herausforderungen – in den 1970er und 1980er Jahren signifikant. In dieser Umbruchssituation waren es vor allem einfache Bilder von sterbenden Zechen und leeren Fabrikhallen, die ein Ende der traditionellen Lebenswelten ankündigten und zusammen mit den Bildern der leeren Autobahnen verdeutlichten, dass vieles anders würde. Analytisch müssen

3 Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, Stuttgart 2006, S. 334–340; Christoph Boyer, *Zwischen Pfadabhängigkeit und Zäsur. Ost- und westeuropäische Sozialstaaten seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: Jarausch, *Ende der Zuversicht*, S. 103–119; Winfried Süß, *Der keynesianische Traum und sein langes Ende. Sozioökonomischer Wandel und Sozialpolitik in den siebziger Jahren*, in: Jarausch, *Ende der Zuversicht*, S. 120–137; Hartmut Kaelble, *Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007, bes. S. 332–360.

4 Kaelble, *Sozialgeschichte*, S. 119–152.

5 Geoff Eley, *End of the Postwar? The 1970s as a Key Watershed in European History*, in: *Journal of Modern History* 9 (2011), 1, S. 8–26, S. 9f.; Andreas Rödder, *Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990*, Stuttgart 2004.

diese Vorgänge, die eine sehr unterschiedliche Veränderungsgeschwindigkeit besaßen, voneinander getrennt werden, zumal sie in den verschiedenen nationalen Gesellschaften und Kulturen auch eine unterschiedliche Intensität und Auswirkung besaßen. Erst dann lässt sich die Frage beantworten, wie diese Vorgänge, deren Evidenz mittlerweile unbestritten ist, sich auf einen Begriff bringen lassen, das heißt welche der Deutungskategorien, die die Sozialwissenschaften dafür seit einiger Zeit gefunden haben, eine hinreichende Beschreibung liefern können und welche Entstehungszusammenhänge sich hinter einigen scheinbar bestehenden nachträglichen Formulierungen verbergen.

II. Die Strukturbrüche der 1970er Jahre

Übereinstimmung herrscht mittlerweile unter Sozialwissenschaftlern und Zeithistorikern über die Evidenz eines signifikanten Strukturbruches, der seit der Mitte der 1970er Jahre zu beobachten ist; vielgestaltig und teilweise widersprüchlich fallen die Antworten auf die Frage nach der Spezifik der verschiedenen Wandlungsvorgänge aus. Dreh- und Angelpunkt in den meisten Deutungen sind die sozio-ökonomischen und technologischen Veränderungen und Brüche. Hatte die beiden Ölkrisen von 1973 und von 1979 zunächst demonstriert, wie abhängig die westlichen Industriestaaten nicht nur von fossiler Energie, sondern auch von internationaler Politik waren, so eröffneten sie in enger Verbindung mit den langfristig angelegten strukturellen Krisen und Transformationen eine lange Phase der ökonomischen Instabilität sowie einschneidender ökonomischer und sozialer Strukturbrüche. Die Wirtschaftsentwicklung war seither von niedrigen Wachstumsraten und heftigen Konjunkturschwankungen bestimmt. Allerdings kam es im Unterschied zur Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, an die die Politik aus psychologischen Gründen nicht gerne erinnern wollte, nicht zu einem dramatischen Einbruch der Produktion. Die Wirtschaft in den westlichen Industrieländern lief weiter, aber mit einem deutlich langsameren Tempo: Die Produktion ging teilweise um 10 Prozent, der internationale Handel um 13 Prozent zurück.⁶ Dennoch entstanden große Finanzierungsprobleme bei den aufwändigen Sozialprogrammen, mit denen die sozialen Krisenfolgen abgefedert werden sollten, aber von den Steuererträgen der langsamer wachsenden Wirtschaft nicht mehr oder nur durch Erhöhung der Staatsschulden aufgefangen werden konnten. Die Präventionsmechanismen des Sozialstaates in Krisenzeiten und damit die Handlungsweisen der neokorporativen nationalstaatlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassungen funktionierten immer weniger und waren in einigen Staaten kaum noch kontrollierbar. Kritiker wiesen darauf hin, dass diese nicht enden wollende Situation die öffentlichen Haushalte zu erdrücken drohte. Die

⁶ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 505.

»Krise des Sozialstaates« wurde auch in der Bundesrepublik zum beherrschenden Thema der Krisenwahrnehmung und der politischen Diskussion.

III. Der Verlust an Zuversicht

Das schlug sich im öffentlichen Bewusstsein nieder und stellt einen Zusammenhang mit politisch-kulturellen und mentalen Veränderungen her. Überall in der westlichen Welt breitete sich seit Mitte der 1970er Jahre relativ abrupt ein Verlust an Zuversicht und Selbstvertrauen aus.⁷ Alexander Solschenizyn beobachtete 1978 in einem Vortrag in Harvard »eine wachsende Mutlosigkeit. Die westliche Welt hat ihre Zivilcourage verloren, sowohl insgesamt gesehen als auch in jedem Land, jeder einzelnen Regierung und jeder einzelnen Partei«.⁸ Jürgen Habermas sprach (ebenfalls) in den 1970er Jahren von »Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus«.⁹ Der Katalog der Krisendiagnosen ließe sich fortsetzen. Zehn Jahre später sah Habermas die verschiedenen Krisensymptome als Zeichen einer neuen Unübersichtlichkeit, in der die Zusammenhänge des »nicht mehr« mit dem »noch nicht« immer weniger erkennbar würden.¹⁰ Der Ölpreisschock vom Spätherbst 1973 wurde zum Auslöser einer »individuellen wie kollektiven Verunsicherung«.¹¹ Die verbreitete optimistische Grundannahme der 1960er Jahre, dass der Fortschritt unaufhaltsam, ja sogar planbar sei und dass die sozialen Konflikte durch Wachstum und Sozialintervention überwunden werden könnten, wurde erschüttert – und damit auch die Vorstellung einer immer währenden Prosperität.¹² Was die Regierenden zunächst als Rezession darzustellen und mit klassischen keynesianischen Methoden wirtschaftspolitischer Spar- und gleichzeitiger Konjunkturprogramme zu bekämpfen versuchten, sollte sich bald als weltwirtschaftlicher Strukturwandel herausstellen, dem man mit dem Konzept der Globalsteuerung kaum beikommen konnte. Es war der Abschied von einem »Goldenen Zeitalter«.¹³ Es kündigte sich nicht nur ein Ende einer dreißigjährigen Hochkonjunktur an, sondern auch das Ende der seit langer Zeit gültigen Ordnungsmodelle der industriellen Welten und damit auch das »Ende der Zuversicht« (Jaraus). Denn plötzlich demonstrierte der Ölpreisschock der Gesellschaft und der Politik die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung von Faktoren, die selbst

7 Jan Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013, S. 340–342.

8 Zit. ebd., S. 342.

9 Ebd.

10 Jürgen Habermas, *Die neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, Frankfurt a.M. 1985.

11 Conze, *Sicherheit*, S. 545.

12 Lutz Burkart, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Nachinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 1984.

13 So der von Hobsbawm, *Zeitalter der Extreme*, S. 503 geprägte Begriff.

nicht zu steuern und kaum zu beeinflussen waren. Das alles hatte gravierende Auswirkungen auf die bis dahin gültigen ökonomischen und sozialen Leitvorstellungen. Dass mit diesen politisch-mentalenen Veränderungen eine neue Epoche der Nachkriegsgeschichte beginnen würde, darin stimmten bald viele zeitgenössische Beobachter überein. Der Historiker Michael Stürmer stellte 1993 fest: »Wir befinden uns am Beginn eines neuen Zeitalters, das durch große Unsicherheiten, permanente Krisen und das Fehlen jeglichen status quo charakterisiert ist.«¹⁴ Er nannte als Ursachen dieser Übergangskrise nicht nur die Unsicherheiten der Weltwirtschaft und die Umbrüche in der Weltpolitik, sondern auch die mentalen Erschütterungen, die bisherige politisch-moralische Grundsätze in Ost wie in West ins Wanken gebracht hätten: »In dieser Hinsicht besteht übrigens eine merkwürdige Parallelität zwischen Ost und West. Im Osten war die Vorstellung, der Mensch sei Herr seines Schicksals, Staatsdoktrin. Aber sogar bei uns galt – wenngleich sanfter und mehr inoffiziell – die Devise, dass der Mensch auf dem Wege sei, Herr seines Schicksals zu werden. Auf beiden Seiten sind wir mit dieser Omnipotenzanmaßung gescheitert, im Osten absolut, chez nous relativ.«¹⁵

Der Altmeister der anglo-marxistischen Geschichtsschreibung, Eric Hobsbawm, zitierte diese Diagnose zustimmend, um freilich nach dem »Ende des Goldenen Zeitalters« in der Mitte der 1970er Jahre nicht nur eine neue und lange Phase der Um- und Zusammenbrüche, sondern eine neue Konstellation der »Extreme« aufziehen zu sehen, in denen er insgesamt das entscheidende Merkmal des 20. Jahrhunderts erkannte. Er wies dem Neoliberalismus mit seinem Dogma der »unbegrenzten und unkontrollierten globalen freien Marktwirtschaft«, das »seinen Höhepunkt ideologischer Selbstzufriedenheit nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems erreichte«,¹⁶ die Verantwortung für die Unterminierung jener Stabilisatoren zu, die die mehr als dreißig Jahre eines »Goldenen Zeitalters« getragen hätten. Denn die »ökonomische Orthodoxie«, deren Siegeszug linke Kritiker als neoliberale Verschwörung verstanden, habe bewirkt, dass sich bei den westlichen Regierungen die systemgefährdende Meinung durchgesetzt habe, »dass die öffentlichen Sozialversicherungs- und Wohlfahrtskosten zu hoch angestiegen wären und reduziert werden müssten«, dass man »im öffentlichen Dienst, im Banken- und Finanzwesen und bei der mittlerweile durch Technologie überflüssig gewordenen Massenbüroarbeit« massenweise Arbeitsplätze streichen müsse. Spätestens mit der Weltkrise der 1990er Jahre hätte sich dann abgezeichnet, dass dies keine wirkliche Lösung darstelle. Hobsbawms Prognose beziehungsweise seine Forderungen deckten sich mit denen der marktkritischen Bewegungen der beiden vergangenen Jahrzehnte: »Soziale Umverteilung und

14 Michael Stürmer, Orientierungskrise in Politik und Gesellschaft? Perspektiven der Demokratie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Bergedorfer Gesprächskreis 98 (1993), S. 98; zit. bei Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, S. 687.

15 Ebd.

16 Ebd., S. 706.

nicht so sehr Wachstum wird die Politik des neuen Jahrtausends bestimmen.« Eine »marktunabhängige Zuteilung von Ressourcen oder zumindest eine scharfe Beschränkung der marktwirtschaftlichen Verteilung wird unumgänglich«, um der »drohenden ökologischen Krise die Spitze zu nehmen«.¹⁷

IV. Krisensymptome und politische Wahrnehmung

Mittlerweile hat auch die jüngere Zeitgeschichtsforschung, deren Vertreter von ähnlichen Erfahrungen und theoretischen Konzepten geprägt waren wie die Sozialwissenschaften, einige Befunde bestätigt und damit begonnen, die unterschiedlichen Symptome und Felder des Wandels genauer auszuloten und miteinander in Beziehung zu setzen. Über die allgemeine Bewertung besteht auch in der zeithistorischen Forschung weitgehend Einigkeit: Die 1970er Jahre gelten als »Höhepunkt einer tiefgreifenden Krise, die nicht nur Westeuropa, sondern den Westen insgesamt erfasst hatte. Zumindest kulminierte in jenen Jahren ein akutes Krisenbewußtsein.«¹⁸ Bei genauerem Hinsehen zeigte sich allerdings, dass dieser allgemeine Befund, wie er sich in den sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen herausgebildet hatte, auf sehr unterschiedlichen Erfahrungen beruhte und darum auch zu unterschiedlichen Deutungsmustern führte. Sie waren mehr Konstruktionen und Selbstverortungen als wirkliche Beschreibungen. Belege für die öffentliche Krisenwahrnehmung finden sich in großer Zahl und sie lassen sich bei genauerem Hinsehen auf andere, schon weiter zurückliegende Krisenerfahrungen wie etwa Reaktionen auf die Protest- und Emanzipationsbewegungen der achtundsechziger Jahre zurückführen, von denen sie ihren Ausgang nahmen und die teilweise schon an der allgemeinen Zuversicht genagt hatten. Zwar hatte sich die öffentliche Wahrnehmung anfangs nur auf vereinzelte Indizien für eine solche Zäsur fixiert, doch allmählich wurde allgemein erkennbar beziehungsweise entsprechend gedeutet, was von den bisherigen Ordnungsentwürfen der industriellen Welt seine Gültigkeit verlieren würde oder was sich bereits verändert hatte. Dabei waren auch die Reaktionen der Politik und der Gesellschaft zunächst unterschiedlich.

Die Bundesregierung wollte aus politischen Gründen keinen deutlichen Kurswechsel herbeiführen, sondern das Umsteuern allenfalls in homöopathischen Dosen betreiben und sperrte sich darum gegen Annahmen eines grundstürzenden Bruches. Die Maßnahmen der Bundesrepublik von 1973 sollten nur Öl einsparen und der Bevölkerung den Ernst der Lage schrittweise nahebringen. Bundeskanzler Helmut Schmidt kommentierte das später so: »Damit das deutsche Volk begreifen sollte, was passiert ist, haben wir damals diese autofreien

¹⁷ Ebd., S. 711.

¹⁸ Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 340.

Sonntage auf der Autobahn verordnet. Nicht um Öl zu sparen, das war ein Nebeneffekt. Der eigentliche Zweck dieser Übung war, den Menschen klar zu machen: Dies ist eine ernste Situation.«¹⁹ Die Maßnahmen der deutschen Bundesregierung (und anderer westeuropäischer Staaten) waren aber nicht nur vorsichtig; sie verkannten auch den Ernst der Lage. Viele europäische Regierungen versuchten, mit einer Mischung von Sparprogramm und von Konjunkturprogrammen (das war gut keynesianisch gedacht) beziehungsweise Steuerentlastungen auf die Krise zu reagieren, um die Binnennachfrage zu stimulieren und gleichzeitig durch die sehr viel geringeren Kürzungsmaßnahmen die öffentlichen Ausgaben zu vermindern. Als Ende 1975 die Konjunktur vorübergehend wieder ansprang, konnte sich die Regierung Schmidt in ihren Maßnahmen bestätigt fühlen. Aber das war nur eine kurze Erholung und die Arbeitslosigkeit blieb auf dem hohen, bis dahin unbekanntem Sockel von über einer Million. In der Zeitschrift *Der Arbeitgeber*, in der einzelne Autoren schon länger vor einer Überdehnung des Sozialstaates gewarnt hatten, hieß es 1975: »So, wie es 1973 war, wird es nie wieder sein. Das Jahr 1 der neuen Zeitrechnung hat begonnen. Was für die Väter die Zeit ›nach der Währung‹ war, wird für die Kinder die Zeit ›nach dem Öl‹ sein.«²⁰ Der sarkastische Ton dieser Feststellung, hinter dem sich eine eindeutige Interessenfixierung verbarg, »unterschätzte die gesellschaftlichen Wirkungen der Energie- und Wirtschaftskrise«²¹ und erkannte nicht die Komplexität und Ambivalenz der Entwicklungen, für die die Ölpreiskrise nur stellvertretend stand. Der britische Premierminister James Callaghan verkündete 1976 auf dem Parteitag seiner Labour-Partei die sehr viel weitergehende Erkenntnis, die vor allem die Anhänger der europäischen Sozialdemokratie verstören musste. Man sei bisher immer davon ausgegangen, »man könne sich aus einer Rezession herauskaufen und die Beschäftigung steigern, indem man Steuern senkt und die Staatsausgaben erhöht. Ich sage euch in aller Offenheit, dass es diese Option nicht mehr gibt.«²² Dass die neuen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zwänge, vor denen die Industriegesellschaften in unterschiedlicher Ausprägung standen, auch weitreichende Folgen für die Politik der westlichen Demokratien haben könnten, prognostizierte eine amerikanische Gruppe von Politikwissenschaftlern. In ihrem »Bericht über die Regierbarkeit von Demokratien an die Trilaterale Kommission« von 1975 sahen sie eine »Krise der Demokratie« und prognostizierten der demokratischen Regierungsform eine düstere Zukunft.²³ Die Regierungen würden durch die Forderungen, die die Gesellschaft an sie herantrügen, überlastet. Zudem klagten die Verfasser des Berichts, dass in dieser Situation die Intellektuellen zusätzlich durch ihre Kritik an dem politisch-sozialen System zu dessen De-

19 Zit. bei Conze, Sicherheit, S. 515.

20 Zit. ebd., S. 545.

21 Ebd., S. 545.

22 Zit. bei Nolte, Ordnung der Gesellschaft, S. 341.

23 Zit. bei Müller, Demokratisches Zeitalter, S. 343.

legitimierung beitragen.²⁴ Auch der anfangs wenig beachtete Bericht des Club of Rome von 1972 wurde nun in der öffentlichen Diskussion ernst genommen und motivierte die Forderung nach einer Umformulierung der wirtschaftlichen Ziele und nach einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Veränderung der Funktionsweise der Wirtschaftssysteme. Die langanhaltende ökonomische Krise galt als Zeichen für die »Grenzen des Wachstums«, die man nun erreicht habe. Damit erhielt auch die Fortschrittsgewissheit, die sich erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegsjahre durchgesetzt hatte, bereits wieder einen argen Dämpfer. Vom Ende der »Überflusgesellschaft« war nun vielfach und meist in kulturkritischer Absicht in der Presse zu lesen. Andererseits nahm die Forderung an Staat und Politik zu, der drohenden Erosion der sich gerade erst entfaltenden Konsumgesellschaft entgegenzuwirken, was die klassische Sozialpolitik vor neue Herausforderungen stellte.²⁵ Als 1979 mit der zweiten Ölpreiskrise, die nun von der Islamischen Revolution im wichtigen Ölförderland Iran ausgelöst worden war, die konjunkturellen Abschwünge stärker denn je wieder auftraten, wurde allen deutlich, dass die keynesianische Option nicht mehr griff. Dort, wo die keynesianische Politik ihre Ziele der Vollbeschäftigung und Preisstabilität besonders deutlich verfehlt hatte, setzte sich der Politikwechsel relativ drastisch durch. In Großbritannien hatte die Inflationsrate 1975 mit einer Marke von 25 Prozent eine Rekordhöhe erreicht, was den Einfluss der neoliberalen Think Tanks gewaltig steigerte und die steuernde Rolle des Staates in Frage stellte.²⁶ Einige Jahre später stand darum für die Regierung Thatcher die »Freiheit des wirtschaftenden Individuums«²⁷ im Vordergrund und führte zu einer rigiden Politik der Deregulierung. Staatsbetriebe wurden privatisiert, der Ausbau des Sozialstaates deutlich verlangsamt und die Macht der Gewerkschaften dauerhaft geschwächt. In der Bundesrepublik hingegen konnten sich neoliberale, monetaristische Konzepte nicht oder kaum durchsetzen. Die sozialliberale Koalition nahm den Strukturwandel fast ausschließlich aus der arbeitsmarktpolitischen Perspektive wahr und reagierte mit Konjunkturprogrammen wie einer verstärkten Kreditaufnahme auf die Krise.²⁸ Die Regierung Kohl kündigte 1983 zwar eine »geistig-moralische Wende« an, doch gelang der christlich-liberalen Koalition weder eine »langfristige finanzielle Konsolidierung noch eine echte institutionelle Reform der Sozialsysteme.«²⁹ Die föderativen und korporatistischen Strukturen beziehungsweise Verflechtungen der bundesrepublikanischen Politik, aber auch die empfindlichen, partikularistischen Reaktionen der Wähler verhinderten einen radikalen Kurs-

24 Ebd.

25 Wolfgang König, Die siebziger Jahre als konsumgeschichtliche Wende in der Bundesrepublik, in: Jarausch, Ende der Zuversicht, S. 84–99, hier S. 94.

26 Gabriele Metzler, Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?, in: Jarausch, Ende der Zuversicht, S. 243–260, hier S. 250.

27 Metzler, Staatsversagen, S. 254.

28 Steiner, Wirtschaftlicher Strukturwandel, in: Jarausch, Ende der Zuversicht, S. 44.

29 Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 338.